

ist nachfolgendes Schreiben eingegangen, das verlesen wird. Dasselbe lautet:

Ein Nichtmitglied des Parteitagés erfucht den geehrten Vorsitzenden, um jedes Mißverständnis zu beseitigen, folgende Berichtigung zu verlesen:

Genosse Liebtnecht hob gestern die Gefahr hervor, die eventuell durch seine Namhaftmachung als Korrespondent des „Dänischen Sozialdemokrat“ für ihn hätte entstehen können. Daß die „Volkstribüne“ sich erst gegen jene Korrespondenz gewandt habe, nachdem L. öffentlich als Urheber derselben genannt war, und daß der Vorwurf einer Denunziation das Blatt schon aus diesem Grunde nicht treffen könne, hat L. selbst bereitwilligt konstatirt. Er fügte aber hinzu, daß jene Korrespondenz, gewissermaßen gegen den Willen des Redakteurs, unter dem zwingenden Druck gewisser Hintermänner in die „Tribüne“ lanzirt sei. Das ist ein Irrthum. Ich bin dabei durchaus selbstständig vorgegangen und muß die volle Verantwortung für die polemische Erwähnung der Liebtnechtschen Korrespondenz in der „Tribüne“ übernehmen.

Konrad Schmidt.

Für die Wahl der gestern beschlossenen Namerkommission wird auf Vorschlag Bebel's bestimmt, daß eine Vorschlagsliste gedruckt und um 1 Uhr vertheilt werden soll. Den Abstimmenden soll es frei stehen, Aenderungen resp. Ergänzungen in dieser Liste vorzunehmen. Diese Liste gilt als Stimmzettel. Die Mandats-Prüfungskommission wird beauftragt, die Zettel zu sammeln und das Wahleresultat festzustellen.

Ein Antrag von Zubeil, das Prinzip der Schließung der Rednerliste einzuführen, wird, nachdem Singer sich dagegen erklärt, abgelehnt.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein:

Punkt 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion.

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Es kann nicht meine Aufgabe sein, Sie mit den einzelnen Fragen, welche im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstag verhandelt worden sind, eingehend zu beschäftigen. Sie sehen Alle im öffentlichen Leben, haben die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion aufmerksam verfolgt und werden sich wohl bereits selbst ein Urtheil darüber gebildet haben, ob die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion dem Interesse der Partei entsprochen, oder ob die Partei Veranlassung hat, sich mit dieser Thätigkeit nicht einverstanden zu erklären. Ich möchte nur in großen Zügen die Reichstags-Thätigkeit der Fraktion beleuchten und daran eine Betrachtung knüpfen, ob die Nothwendigkeit vor-

H

liegt, wie behauptet worden, in der parlamentarischen Taktik und Thätigkeit der Partei eine Aenderung vorzunehmen.

In Bezug auf die Behandlung der Reichshaushaltsetats hatte die Fraktion keine Veranlassung, von der Taktik, welche sie, solange es Sozialdemokraten im deutschen Reichstage giebt, befolgt, abzuweichen. Wir haben aus prinzipiellen Gründen gegen die Etats gestimmt, weil die durch den Etat geforderten Summen wesentlich aufgebracht werden zur Unterhaltung des Militarismus, dem wir feindlich gegenüberstehen. Wir haben mit unserer Ablehnung des Etats Protest eingelegt gegen das System Bismarck, welches zwar in seinem bisherigen Träger gefallen ist, welches aber der That nach immer noch besteht und regiert. Wir mußten mit unserer Abstimmung dokumentiren, daß die von uns vertretenen Wähler, die politisch in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterklasse, dem herrschenden System, welches zu Gunsten des Militarismus ungeheure, das Mark des Volkes auffaugende Summen fordert, feindlich gegenübersteht. Wir betrachten den Völkfrieden als eine unerläßliche Vorbedingung der Bessergestaltung der sozialen Verhältnisse und stimmen gegen die Ausgaben für den Militarismus, in der Ueberzeugung, daß den steten Rüstungen, der fortwährenden Vermehrung der Mordmittel ein Ende gemacht werden muß, daß es der zivilisatorischen Aufgabe der Völker widerspricht, wenn sie, gewaffnet bis an die Zähne, gleich wilden Thieren nur auf den Moment lauern, wo sie sich zerfleischen können. (Beifall.)

Selbstverständlich haben wir auch die für jene Militärzwecke geforderten indirekten Steuern abgelehnt. Wir sind der Ansicht, daß die Mittel, welche die heutige Gesellschaft für den Militarismus braucht, getragen werden sollen von den Bevölkerungsklassen, zu deren Schutz eventuell das Militär in Aktion tritt; die heutige Gesellschaft muthet der Arbeiterklasse zu, nicht nur mit ihrem Leben und Gesundheit, im Falle eines Krieges, das Vaterland und den Besitz der herrschenden Klassen zu vertheidigen, sondern belastet auch noch in den indirekten Steuern und der dadurch herbeigeführten Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die wirtschaftlich schwachen breiten Volksmassen mit den Kosten für den Militarismus.

Wir haben in einer der früheren Sesssionen einen Antrag eingebracht auf Aufhebung der Getreidezölle, der nicht über die erste Berathung im Reichstage hinausgekommen ist. Denselben Antrag haben wir in der laufenden Session gestellt. Wir werden bei der Berathung dieses Antrages Gelegenheit haben, nachzuweisen, wie verheerend die Getreidezölle gewirkt haben; während dieselben das nothwendigste Lebensmittel im Preise steigern, zieht ein Theil der bestehenden Klassen, namentlich die Großgrundbesitzer, bedeutende materielle Vortheile aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen

6 #

und das arbeitende Volk zahlt den Gewinn der Agrarier mit der Vertheuerung des Brotes. (Sehr richtig.)

Wir haben uns weiter zu beschäftigen gehabt mit dem Sozialistengesetz. Zweimal ist dasselbe im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstage zur Verhandlung gekommen. Erstens, als es sich darum handelte, die bekannten Puttkamer'schen Verschärfungen in das Gesetz aufzunehmen. Sie kennen unsere Enthüllungen, welche der Welt nachwiesen, wie forumpirend das Sozialistengesetz gewirkt hat und wie durch das Sozialistengesetz das Spießthum und das Agent provocateurthum gezüchtet worden ist. Nach diesen, auf amtliche Aktenstücke gestützten Enthüllungen hatte die Majorität des Reichstages noch so viel Schamgefühl, daß sie die von der Regierung beantragten Verschärfungen, die Erhöhung der Gefängnißstrafen, das Verbot der Versammlungen im Auslande, die von Herrn v. Puttkamer geforderte Expatriierung zc. ablehnte und nur für die einfache Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre stimmte. Das zweite Mal beschäftigte sich der Reichstag mit dem Sozialistengesetz kurz vor den letzten Wahlen, bei welcher Gelegenheit die Verewigung des gegen uns gerichteten Ausnahmegesetzes gefordert wurde. Neben einigen angeleglichen Milderungen forderte der Bundesrath die Aufhebung der Fristdauer und die Beibehaltung der Ausweisungen. Diese Vorlage ist bei der Gesamttabstimmung abgelehnt worden. Die Nationalliberalen hatten sich in Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf, und weil sie glaubten damit Stimmen fangen zu können, entschlossen, gegen die Ausweisungen zu stimmen und die Verewigung des Sozialistengesetzes von der Beseitigung des Ausweisungsparagraphen abhängig zu machen. Die Kommission kam zu keinem definitiven Resultat, und selbst während der zweiten und dritten Verathung im Plenum hatte sich noch keine feste Mehrheit gebildet. Das Kartell — damals hatte es noch die Majorität im Reichstage — wartete auf das erlösende Kommando seines Abgottes in Friedrichsruhe; aus dem Umfande, daß Fürst Bismarck seinen Mamelucken keine Befehle ertheilte, glaubten die Konservativen des Reichstages schließen zu sollen, daß die Regierung auf die Annahme des Gesetzes ohne die Ausweisung keinen Werth legen würde, und weil der rechten Seite des Reichstages das Gesetz überhaupt nicht scharf genug war, fand sich bei der Gesamttabstimmung keine Majorität für eine nochmalige Verlängerung desselben. So ist denn am 1. October dieses Jahres das Sozialistengesetz gefallen, während dem Urheber sowohl als dem Hauptolltrecker desselben bereits früher das verdiente Loos zu Theil geworden ist; das Ausnahmegesetz, unter dessen Herrschaft wir stetig an innerer und äußerer Kraft gewachsen sind, jenes Monument der Schande liegt im Staube, zertrümmert von der Partei, zu deren Vernichtung es errichtet wurde. (Lebhafter Beifall.)

H

Was den Arbeiterschutz betrifft, so wissen Sie, daß wir bereits im Jahre 1884 einen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht haben, der damals nicht vollständig zur Verhandlung kam. In der Legislaturperiode 1887/90 konnten wir diesen Antrag nicht wieder eibringen, weil wir nicht die dazu geschäftsordnungsmäßig erforderliche Zahl von 15 Mitgliedern, sondern nur 11 Abgeordnete hatten. In dieser Session haben wir unseren Arbeiterschutz-Gesetzentwurf aufs Neue eingebracht und es wird nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages eine Verhandlung darüber stattfinden. Die anderen Parteien haben seit mehreren Jahren, um uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, ein Wietrennen um die Gunst der Arbeiter veranstaltet; die Herren leben in dem naiven Glauben, daß die Arbeiterbevölkerung ihnen bei den Wahlen folgen werde, wenn derselben in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung Versprechungen gemacht werden; sie haben deshalb Anträge auf Arbeiterschutz eingebracht, und es ist charakteristisch, daß diesen an sich durchaus ungenügenden und ganz schwächlichen Anträgen bis zu dieser Session die Bundesregierungen ablehnend gegenüberstanden habe. Der Antrag auf Verbot der Sonntagsarbeit, auf Verbot der Kinderarbeit, auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und Frauen — Dinge, die sich in einem civilisirten Staate eigentlich von selbst verstehen müßten — wurden seitens der verschiedenen Regierungen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Nothwendigkeit einer Aenderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht nachgewiesen sei; der damalige Träger der Politik der herrschenden Klassen, Fürst Bismarck, war es, welcher meinte, es müsse erst durch eine Enquete festgestellt werden, ob z. B. ein Verbot der Sonntagsarbeit nothwendig und den Arbeitern nützlich sei; trotzdem nun bei diesen Erhebungen die übergroße Mehrzahl der befragten Arbeiter und eine große Anzahl von Unternehmern sich für das Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen, haben die verbündeten Regierungen sich damals nicht entschließen können, in dieser Beziehung mit Vorlagen an den Reichstag zu kommen, und wir sind erst jetzt, im Laufe dieser Legislaturperiode, in der Lage, den Gesetzentwurf, welchen die Regierung beifussig Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht hat, zu beraten. Unsere Fraktion hat bei der ersten Verathung dieses Gesetzentwurfes, welcher die „neue Aera“ einleiten soll, ihren Standpunkt bereits zum Ausdruck gebracht. In der Kommission, welcher dieser Gesetzentwurf zur Vorberathung überwiesen ist, haben unsere drei Vertreter die Einfügung der Bestimmungen unseres Arbeiterschutzgesetzes in die Regierungsvorlage beantragt. Die Verathungen über die Vorlage sind noch lange nicht abgeschlossen, und es wird sich in der Presse und in Versammlungen noch oft Gelegenheit finden, über die vorgelegte Gewerbeordnungsnovelle zu verhandeln. Das aber erkläre ich schon

6^H

jeht: Wir werden im Reichstage dem mit dem Arbeiterschutz verquickten Arbeitertrug in Bezug auf die Koalitionsfreiheit nicht nur nicht zustimmen, sondern wir werden an diesen arbeitserfeindlichen Bestimmungen die gänzliche Inhaltlosigkeit des offiziellen Arbeiterschutzes nachweisen. (Bravo!) Wir werden zeigen, in welcher heuchlerischer Weise die herrschenden Klassen ihre sogenannte Arbeiterfreundlichkeit zum Ausdruck bringen, und beweisen, daß dieselben sich die überaus winzigen Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter mit der Vernichtung des letzten Restes des Koalitionsrechtes bezahlen lassen wollen. Die Sozialdemokratie, welche unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes das Zuckerbrot der Versicherungsgesetzgebung zurückgewiesen und die Reitsche des Sozialistengesetzes verlacht hat, sie wird sich auch nicht dazu herbeilassen, um des in der Vorlage gebotenen winzigen Arbeiterschutzes willen auf das wichtigste Recht der Arbeiterklasse, auf die volle Koalitionsfreiheit, zu verzichten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß nicht nur in dem jetzigen Umfange erhalten werden, nein, es muß so ausgestaltet werden, daß kraft desselben die Arbeiter im Stande sind, sich, von der Gesetzgebung gegen die Brutalität der Unternehmer geschützt, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Wir werden beantragen, die Unternehmer unter Strafe zu stellen, wenn sie es wagen, das durch die Bestimmungen des Koalitionsgesetzes verbrieftete Recht der Arbeiter anzutasten. Gegenüber den Unternehmerartikeln, den Industrieringen, den Bestrebungen der herrschenden Klassen, die Arbeiter wirtschaftlich auszubeuten und politisch zu unterjochen, diejenigen von ihnen aus's Pfalter zu werfen, welche für die Arbeitseroffnen eintreten, werden wir gesetzliche Bestimmungen verlangen, welche diese unwürdigen und grausamen Zustände beseitigen; wir werden Strafbestimmungen nicht für die um ihr Menschenrecht kämpfenden Arbeiter, sondern für die ihre wirtschaftliche Gewalt mißbrauchenden Unternehmer fordern. (Lebhafte Bravo!) Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß wir uns vollkommen klar darüber sind, daß durch die Arbeiterschutz-Gesetzgebung die Ziele, denen die Sozialdemokratie zutreibt nicht erreicht werden, daß durch eine noch so gute Arbeiterschutz-Gesetzgebung das heutige Produktionssystem, unter welchem die Arbeiterklasse immer mehr und mehr verelendet, in keiner Weise geändert wird. Die Sozialdemokratie kämpft für die Beseitigung des Lohnsystems, für die Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsweise, und weiß, daß nur durch Konstituierung der sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit zur Schaffung wahrhaft menschenwürdiger Zustände gegeben ist. Die Sozialdemokratie, welche die jetzige Gesellschaftsordnung von Grund aus umändern will und daher ihrer prinzipiellen Stellung nach eine durchaus revolutionäre Partei ist, weiß ganz genau, daß ihre Ziele nicht

H

auf dem Wege der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu erreichen sind. Wir wissen aber auch, daß wir unsere Ziele erheblich früher erreichen werden, wenn wir die Soldaten, die in dem Befreiungskampfe für die Menschheit ihre Pflicht thun sollen, in bessere Lebensverhältnisse bringen, und das geschieht, indem wir den verheerenden, degenerirenden Wirkungen des heutigen Gesellschaftssystems möglichst einen Riegel vorschieben; dazu ist die Arbeiterschutz-Gesetzgebung bestimmt. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, in unserem Sinne durchgeführt, wird es der Arbeiterklasse möglich machen, in Lebensbedingungen zu kommen, in welchen es ihr ermöglicht sein wird, an dem großen Befreiungskampfe der Menschheit thatkräftigen und erfolgreichen Antheil zu nehmen. Durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, durch ein Verbot der Nachtarbeit, namentlich durch Feststellung eines Normalarbeitstages, durch ein ausreichendes Fabrikinspektorat, durch Errichtung von Arbeiterkammern zur Ueberwachung der gesundheitlichen Verhältnisse in der Industrie wird es möglich sein, Zustände zu schaffen, in denen die Arbeiterklasse nicht mehr gezwungen ist, sich in dem Maße abzuradern und sich so elend zu ernähren, wie es heute der Fall ist. Je höher die Lebensbedingungen der Arbeiter, desto schneller wird unsere Armee wachsen und immer thatkräftiger, zielbewußter und schlagbereiter werden. (Lebhafte Beifall.)

Weiter hatten wir Stellung zu nehmen zur Kolonialpolitik des Reiches. Wir sind Gegner dieser Politik, weil ihre Wirkungen wiederum nur den besitzenden Klassen zu Gute kommen, und weil es keine Kulturaufgabe für Deutschland ist, seine Bürger nach Afrika zu schicken, um sie unter den dortigen ungünstigen klimatischen Verhältnissen elend zu Grunde gehen zu lassen. Die Sklaverei gilt es auch in Deutschland zu beseitigen, und die Antisklavereibestrebungen sind nur eine Maske, unter welcher ein kleiner Kreis von großen Handelsfirmen den Löwenantheil aus dem Nutzen der Kolonialpolitik zieht.

Ferner ist verhandelt worden über ein Gesetz, welches die Einschränkung der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen weiter ausdehnte. Wir haben dabei die Forderung vertreten, daß die Gerichtsverhandlungen öffentliche sein müssen. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ist ein Grundpfeiler einer geordneten und guten Gerichtsbarkeit. In demselben Maße, wie, namentlich bei politischen Prozessen, die Öffentlichkeit eingeschränkt wird, wächst die Möglichkeit, Tendenzprozesse zu führen, und wir haben in dieser Beziehung bei den Geheimbundprozessen recht viele Erfahrungen gemacht.

Das Alters- und Invaliditätsgesetz wurde von der Regierung als „Krone der Sozialreform“ bezeichnet; dasselbe ist mit einer kleinen Majorität von 20 Stimmen vom Reichstag an-

H

genommen worden. Wir haben gegen dieses Gesetz gestimmt, weil es uns zu wenig für die Arbeiter geboten hat. Das Bettelgeld, welches in Form einer Rente den durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern gegeben wird, meinten wir, hätte Deutschland sich schämen sollen, der Arbeiterklasse anzubieten. (Sehr richtig!) Wir konnten in diesem Gesetze nichts weiter sehen, als eine, nicht einmal verbesserte, sondern nur veränderte Armen-gesetzgebung, und wir haben nachgewiesen, daß die Armenunterstützungen in vielen Orten Deutschlands erheblich höher sind, als die Renten, welche auf Grund dieses Gesetzes als „wohlerworbene Rechtsansprüche“ den alten und invaliden Arbeitern gezahlt werden. Wir haben das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz abgelehnt, weil das den Arbeitern darin Gebotene durchaus unzulänglich ist und in keiner Weise den Namen verdient, welchen das Gesetz trägt. Wir haben uns mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden erklärt, wir haben aber die Ueberszeugung, daß der Gewinn, welchen die Unternehmer aus der Ausbeutung ihrer Arbeiter ziehen, sie in die Lage versetzt, in weit höherem Maße die materiellen Lasten eines solchen Gesetzes auf sich zu nehmen. Wir haben zu diesem Gesetz zahlreiche Amendements eingebracht, weil wir, wenn es uns gelungen wäre, das Gesetz so zu gestalten, daß es den Minimalforderungen der Arbeiterklasse entsprochen hätte, dafür gestimmt haben würden. Nachdem aber im Reichstage unsere so sehr beschiedenen Forderungen abgelehnt worden sind, mußten wir gegen das Gesetz stimmen; wie recht wir damit hatten, wie wenig die Prophezeiungen der Minister und der Majorität, daß nach unserer Ablehnung des Gesetzes die Arbeiter sich von uns abwenden würden, begründet waren, das hat der 20. Februar, das haben die Wahlen auf das Allerglänzendste bewiesen. (Sehr richtig; Bravo.)

Wir haben uns in dieser Session zu beschäftigen gehabt mit einer Vorlage der Reichsregierung, welche die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres um 18 000 Mann verlangte. Dabei war das Merkwürdige, daß dieselbe Regierung, welche vor wenigen Jahren erklärt hat, sie könne ohne Septennat nicht auskommen, in dieser Session selbst mit dem Septennat gebrochen, und eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gefordert hat. Wir haben selbstverständlich gegen die Vorlage gestimmt, gegen die Erhöhung des stehenden Heeres um 18 000 Mann sowohl, als auch gegen die neuen damit verbundenen Heeresformationen. Aber wir haben auch gegen die vom Zentrum bei dieser Gelegenheit eingebrachten Resolutionen gestimmt, weil wir uns verpflichtet fühlten, gegen Herrn Windthorst, welcher durch die Einbringung solcher nichtsagender Resolutionen dem Volke nur Sand in die Augen streuen wollte, Stellung zu nehmen. Wir machen die Komödie nicht mit, in demselben Augenblick, wo man 40 Millionen für die Erhöhung des Heeresstandes

H

bewilligt, die Regierungen aufzufordern, in ernste Erwägung zu nehmen, ob die durch den Militarismus dem Volke auferlegten Lasten nicht verringert werden könnten. Der Militarismus gereicht den Völkern zum Unheil, seine Lasten können auf die Dauer nicht getragen werden, die Völker brechen unter den Wirkungen des heutigen Militärsystems wirtschaftlich zusammen; darum wollen wir den Militarismus beseitigen und, ohne die Wehrhaftigkeit des Landes zu schwächen, durch Schaffung eines Milizheeres, durch Einführung der wirklichen allgemeinen Wehrpflicht dafür sorgen, daß Deutschland etwaigen Feinden gegenüber gewappnet ist. Der heutige Zustand dagegen ist unerträglich; aus ihm entstehen die sich stets vermehrenden Rüstungen, und schließlich führt er die Zeit herbei, in welcher der Krieg ausbrechen muß, weil die Unrechthaltung des heutigen bewaffneten Friedens auf die Dauer unmöglich ist. (Bravo!)

Sobald die Vorlage der Gewerbegerichte. Auch hier haben wir Amendements eingebracht, deren Annahme uns das Gesetz acceptabel gemacht hätte, weil wir glauben, daß die Schaffung solcher Gerichte in Deutschland im Interesse der Arbeiter liegt. Aber auch hier zeigte sich wieder, was man auf der andern Seite unter „Sozialreform“ versteht. Alle hierher gehörigen Gesetzesvorlagen, und also auch diese, sind von einem Geiste des Mißtrauens gegen die Arbeiterklasse durchtränkt, der uns selbstverständlich nicht veranlassen konnte, für die Vorlage zu stimmen. Wir haben bekanntlich schließlich das Gesetz abgelehnt, weil die Theilnahme an den Wahlen an eine viel zu hohe Altersgrenze gebunden war, weil den Arbeiterinnen das Stimmrecht nicht gewährt wurde, weil bei der Organisation und Verwaltung die Mitglieder der freien Gildstufen völlig übergegangen wurden, und weil alles in allem das Gesetz den Zustand in den Städten, wo solche Gerichte bereits bestanden, wesentlich verschlechtert. Die Statuten der Gewerbegerichte in Frankfurt, Nürnberg, Leipzig u. s. w. sind für die Arbeiter viel besser, als die auf Grund des Gesetzes zu erlassenden ausfallen werden; und zu einer Verschlechterung konnten wir natürlich unsere Hand nicht bieten.

Wir haben ferner selbstständige Anträge eingebracht. Schon in der vorigen Session hatten wir bei der Staatsberatung auf einige Lücken und Mängel des Unfallversicherungsgesetzes hingewiesen; damals aber waren wir nicht in der Lage, selbstständig mit Änderungsanträgen vorzugehen; im Laufe der letzten Session haben wir das gethan, indem wir die Aufhebung der 13wöchentlichen Karenzzeit verlangten und noch einige andere Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes verbessern wollten. Bei der Verhandlung dieses unseres Antrags hat die Regierung erklärt, noch im Laufe der Session eine Novelle zum Unfallgesetz vorlegen zu wollen. Wir werden ja bald in der Lage sein, be-

H

urtheilen zu können, inwieweit darin unsere Forderungen berücksichtigt sind.

Wir haben sodann Anträge auf Erhöhung und Verbesserung des Einkommens der unteren Beamten gestellt, Anträge, welche bereits in der vorigen Session in Aussicht genommen waren und dazu geführt haben, daß die Regierung einen Nachtragsetat vorgelegt hat. Wie sehr der Militarismus in Deutschland alles beherrscht, zeigte sich auch hier wieder, dadurch, daß diese Vorlage mit einer Erhöhung der Offiziereinkommen verquittet wurde. Nach Ablehnung dieser Forderung wurde beschlossen, den durch die Vertheuerung der Lebensmittel in äußerst ungünstige Verhältnisse gerathenen unteren und mittleren Beamten, Briefträger u. s. w. eine Gehaltserhöhung zu gewähren.

Wie ich schon anführte, haben wir dann den Antrag auf Aufhebung der Lebensmittelzölle gestellt, der noch verhandelt werden wird, und schließlich eine Verfassungsänderung dahingehend beantragt, daß dem Reichstage das Recht auf Einsetzung von Untersuchungskommissionen mit der Befugniß selbstständiger Erhebungen, der eiblichen Vernehmung von Zeugen u. s. w. verliehen wird. Wir sind hierzu gekommen, weil durch die Art und Weise der amtlichen Untersuchungen uns zur Gewißheit geworden ist, daß die Arbeiterkreise fast gar nicht befragt werden, obgleich angeblich in ihrem Interesse die Erhebungen vorgenommen werden. Wir wollen dem deutschen Parlament, ähnlich wie es in England der Fall ist, das Recht gewährt wissen, Untersuchungskommissionen einzusetzen; wir wollen, daß das Parlament die verbesserungsbedürftigen Verhältnisse selbstständig untersuchen kann. Dieser Antrag ist noch nicht verhandelt, das wird erst im Laufe der Session geschehen.

Ich komme nun zu der Frage: Sind die Interessen der Partei durch die parlamentarische Thätigkeit gefördert worden? Ich habe, gegenüber den wiederholten Manifestationen innerhalb der Partei, nicht den geringsten Zweifel, daß die Partei nicht nur mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist, sondern in ihrer überwiegenden Mehrheit auch damit einverstanden ist, daß die parlamentarische Thätigkeit überhaupt für die Partei eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Es hieße auf eins der wirksamsten Agitationsmittel verzichten, wenn jener, in vereinzelt Kreisen laut gewordenen Auffassung gemäß die Partei sich entschließen wollte, diese Thätigkeit aufzugeben oder wesentlich einzuschränken. In der überwiegenden Majorität der Parteigenossen wird kein Verständniß dafür vorhanden sein, daß zwar gewährt werden soll, daß aber die Gewählten nachher nicht arbeiten brauchen. Die Partei hat ein volles Recht, zu verlangen, daß ihre Vertreter im Parlament die Forderungen aufstellen, deren Erfüllung sie von der heutigen Gesellschaft verlangt;

H

die Befürchtung, daß durch die parlamentarische Thätigkeit eine Versumpfung der Partei eintreten könnte, daß wir zu einer Possibilistenpartei werden könnten, hat in den Ergebnissen der bisherigen parlamentarischen Bethätigung keinen Boden. Auf allen Parteitagen ist bisher erklärt worden, von allen Rednern ist betont worden, daß wir den Parlamentarismus wesentlich als Agitationsmittel betrachten; um dieses Mittel aber zu voller Wirkung zu bringen, dürfen wir nicht nur für die Wahlen agitiren, sondern müssen auch die Parlamentstribüne zur Stellung unserer Forderungen, zur Kritik des Bestehenden, zur Aufklärung und Belehrung benutzen. Diese agitatorisch-parlamentarische Thätigkeit kann nicht dahin verstanden werden, daß man einzelne Reden im Reichstage hält, daß von Zeit zu Zeit ein Fraktionsmitglied eine allgemein gehaltene Darstellung unseres Programms giebt, sondern daß unablässig und ernsthaft, selbstredend keinen Schritt vom Programm abweichend, und niemals zu Kompromissen geneigt, bei jeder Gelegenheit dafür gesorgt wird, daß die Agitation für unsere Zwecke und Ziele gefördert wird und daß bei der Nachweisung der Schäden im Einzelnen durch Stellung von Verbesserungsanträgen die Forderungen der Partei in immer weitere Kreise hineingetragen werden. Wer da glaubt, daß dadurch die prinzipielle Stellung der Partei vernichtet wird, der beurtheilt ihre Intelligenz zu niedrig, ihre prinzipielle Festigkeit zu gering. Es hieße, eins der schneidigsten, wirksamsten Mittel, die uns zum guten Theil zu dem gemacht haben, was wir sind, in die Ecke werfen, wenn wir anders handeln würden. Die Reichstagstribüne mußte, wie alle Agitationsmittel, wirksam benutzt werden und wird weiter benutzt werden müssen; durch eine prinzipielle und zielbewusste Thätigkeit im Parlament können wir der Partei große Dienste leisten. Ich glaube, daß die parlamentarische Thätigkeit, so wie sie für uns geübt worden, dem Interesse der Partei sowohl in prinzipieller, wie in taktischer Beziehung entspricht. Wir sind verpflichtet, überall da, wo es möglich ist, für die Arbeiterklassen das denkbar Beste herauszuschlagen, und wenn wir der Regierung die Anerkennung der Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes aufgezwungen haben, wenn wir den herrschenden Klassen die Ueberzeugung beigebracht haben, daß die jetzige Ausbeuterwirtschaft für die Dauer unhaltbar ist, wenn wir durch unsere unablässige Agitation im Volk und im Parlament einen Erfolg errungen haben, der sich darin dokumentirt, daß selbst die herrschenden Klassen daran gehen müssen, die Erfüllung unserer Forderungen in Angriff zu nehmen, dann hieße es in der That thöricht handeln, wenn wir darauf verzichten wollten, in diesem Sinne weiter zu arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) In der Diskussion wird sich innerhalb des Parteitages mit Nothwendigkeit die Ueberzeugung Bahn brechen, daß auch im Parlament ein Boden für unsere Thätigkeit gegeben ist und daß

H

wir auch dort erfolgreich zu kämpfen im Stande sind. (Sehr richtig!) Ich schließe in der Hoffnung, daß der Parteitag aus dem Mütigkeit die Ueberzeugung gewinnen wird, daß die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie es mit ihrer Aufgabe ernst genommen haben, daß sie bestrebt gewesen sind, den Interessen der Partei zu dienen und daß sie somit für die Sozialdemokratie Deutschlands, zugleich aber auch für die Arbeiterklasse aller Länder das, was sie thun konnten, geleistet haben. (Andauernder stürmischer Beifall und Handeklatschen.)

Es ist zu diesem Gegenstande der Tagesordnung folgende Resolution von Fischer-London und Dertel-Nürnberg eingebracht worden:

Der Parteitag erklärt, daß die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppierung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.

Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse nöthigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung der Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu wecken.

Diese Resolution wird mit zur Debatte gestellt.

Fischer-London: Obwohl ich die feste Ueberzeugung habe, daß innerhalb des Parteitages über die Thätigkeit der Fraktion und unsere allgemeine Stellung zur parlamentarischen Thätigkeit absolut keine Meinungsverschiedenheit existirt, halte ich doch für nothwendig, daß der Parteitag eine bestimmte Meinung bekunde, und zwar angeht es der aus den Reihen der sogenannten Opposition wiederholt hervorgegangenen Beschuldigung, daß die bisherige Thätigkeit unserer Abgeordneten zum Possibilismus hinneige, ja bereits die Gefahr einer Versumpfung in sich schließe. Eine Stellungnahme des Parteitages ist auch nothwendig angesichts des Umstandes, daß die bürgerliche Presse diese Ansicht als die Meinung eines großen Theils der deutschen Genossen dargestellt hat. Wir müssen klipp und klar erklären, daß in dieser Beziehung unsere Meinung dieselbe geblieben ist. Wir müssen das bekunden dem wiederum aus den Reihen der sogenannten Opposition hervorgegangenen Bestreben gegenüber, einen "Radikalismus" zu kultiviren, der eigentlich nur die politische Impotenz bedeutet und in seiner Konsequenz zum Anarchismus führt, gegen den schon in Wyden und auch später bei jeder passenden Gelegenheit

H

Stellung genommen worden ist. Mit dem zweiten Theil unserer Resolution wollen wir den Einwurf der Opposition begegnen, als ob die Sozialdemokratie irgendwie Anlaß zu der Annahme gegeben hätte, von den in der sogenannten neuen Aera versprochenen Reformen etwas Durchgreifendes zu erwarten. Wir haben eine viel zu gute Meinung von der Arbeiterkraft überall, um auch nur einen Augenblick in dieser Richtung Zweifel zu hegen. Auf Einzelheiten glaube ich nicht eingehen zu sollen; die Resolution faßt Alles zusammen, sodaß ich lediglich mich in Wiederholungen ergehen mußte. Eins aber muß ich noch besonders betonen: es ist die Stellung der verschiedenen ausländischen Bruderparteien zu der von der Fraktion eingenommenen Haltung. Wenn wir in allen Ländern das Bestreben sehen, die deutsche Sozialdemokratie in Taktik und Kampfmitteln zum Muster zu nehmen, so sollte uns diese Wahrnehmung doch dahin belehren, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Resolution ist aber auch deshalb nothwendig, weil die Sozialdemokratie alle Ursache hat, sich dessen zu freuen, daß sie eine solche Fraktion besitzt. Die beste Armee wird durch schlechte Führung desorganisiert und zu Niederlagen geführt. Unter der Führung dieser Fraktion aber hat es die deutsche Sozialdemokratie dahin gebracht, daß wir wieder hier in Halle auf deutschem Boden uns zu unseren Geschäften vereinigen konnten; die Fraktion hat uns im Kampf von Sieg zu Sieg geführt. Wir haben alle Ursache, uns dessen zu freuen, daß die politische Situation so klug ausgenutzt worden ist, ohne dabei unserer Würde irgend etwas zu vergeben. Wie wir für unsere Pflichterfüllung Anerkennung beanspruchen, hat auch die Fraktion das Recht auf Anerkennung, wenn ihre Thätigkeit für uns erprießlich und erfolgreich gewesen ist! (Allseitige Zustimmung und Handeklatschen.)

Dr. Müdt: Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man der Thätigkeit der Fraktion auf diesem Parteitage noch mehr Anerkennung und Lob zuerkennen wollte; ist doch beides seit Jahren in Tausenden von Versammlungen von den Parteigenossen ausgesprochen worden, hat doch namentlich das sachliche Verhalten der Fraktion im Reichstage zu der großen Begeisterung der Partei und zur Ergreifung aller der Mittel, welche den großen Sieg garantiren mußten, beigetragen! Auch die Feinde haben anerkannt, daß unsere parlamentarischen Vertreter nicht uns das Parteiinteresse würdig vertreten, sondern daß sie stets auf der Höhe der Zeit gestanden haben. So sehr wir als Sozialdemokraten Gegner des Parlamentarismus als einer Schöpfung des Bourgeois-Staates sind, so müssen wir doch zugeben, daß von unseren Vertretern alles gesehen ist, was unter solchem Regime geleistet werden konnte. Namentlich ist das Schandgesetz, welches 12 Jahre lang die Sozialdemokratie in Fesseln schlug, dadurch unmöglich geworden, weil die

H

Fraktion es durch die Enthüllung der Polizeispitzkelei, durch die Aufdeckung der in seinem Gefolge selbst von gewissen Gerichten und seitens der Polizei in Deutschland begangenen Ungerechtigkeiten und Schändlichkeiten schon vor zwei Jahren an den Burzeln untergrub. Dadurch hat sich auch der herrschenden Bourgeoisie gewissermaßen ein moralischer Ekel vor solchen Machinationen bemächtigt, und so ist das Gesetz gefallen. Ueberall, auch im Auslande, hat die Fraktion für ihre Haltung, ihre Thätigkeit, ihre Energie, für ihre begeisterte Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes Anerkennung gefunden, und diese Haltung hat es vor Allem auch dahin gebracht, daß unsere Partei so mächtig, so gefürchtet in Deutschland geworden ist. Die auf sie gemachten Angriffe waren im Wesen und in der Form völlig unbegründet und unzulässig. (Lebhafter Beifall.)

Hug-Wilhelms-Haven: Ueber die Thätigkeit unserer Abgeordneten will ich kein Wort verlieren; hätten sie eine andere Taktik befolgt, so wären wir einfach auf dem Wege zur Anarchie. Die großen Worte, die tönenden Phrasen der Keinen Berliner Clique haben nirgendwo ein Echo gefunden. Ich lenkte nur die Aufmerksamkeit der Fraktion auf den Umstand, daß in Deutschland einige Tausend Arbeiter in Staatswerkstätten noch immer unter einem Ausnahme-gesetz stehen, obwohl das Sozialistengesetz gefallen ist. In den Arbeitsordnungen jener Werkstätten sind die bekannten Bestimmungen, welche von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen sprechen, nach wie vor enthalten. Die Fraktion sollte das sofort im Reichstage bei den Marinewerkstätten zur Sprache bringen und, soweit sie kann, dafür Sorge tragen, daß diese Bestimmungen hinauskommen. Gerade unsere Nordwestsee bedarf in dieser Beziehung der Hilfe; ich habe dort 12 Jahre gearbeitet und gesehen, wie alle und jede politische Bewegung eingeschränkt und verboten wurde; heute ist das Gesetz fort, und trotzdem kann man sich nicht rühren. Nicht einmal an einer gewerkschaftlichen Versammlung können die Arbeiter der Staatswerkstätten teilnehmen, ohne zu riskieren, entlassen zu werden.

Zur Geschäftsordnung beschwert sich Genosse Hermann, daß Ausdrücke wie „Berliner Clique“ gebraucht werden; man solle alles Persönliche vermeiden.

Ebenfalls zur Geschäftsordnung wünscht Genosse Schulze-Erfurt, daß doch diejenigen, welche zu Gunsten der Parteileitung und der Fraktionsthätigkeit sprechen wollen, auf das Wort verzichten möchten, man wolle lieber die Gegner hören.

Herbert-Stettin: Die Angriffe auf die Fraktion kommen von Seiten Derer, die in den großen Städten sitzen und sich nicht die Mühe geben, aufs Land zu gehen und dort die ungleich schwerere Agitation zu betreiben. Dort fragt man uns zunächst immer: Was

H

habt ihr bereits gethan? und kann man keine positive Antwort geben, dann ist es nichts mit dem Erfolg. Die Landbevölkerung ist bisher von uns noch nicht genügend berücksichtigt worden, auch bei den Arbeiterschulungsanträgen. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß auch den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben wird. Ich habe während der Zeit meiner Ausweisung aus Stettin manches auf dem platten Lande in der so verrufenen Provinz Pommern erreicht; aber weit mehr würde man dort den neuen Ideen zuzuschlagen, wenn die Führer und bewährten Kräfte mehr von den Städten hinausgingen, wenn nicht so oft der mit Mühe gewonnene Referent im letzten Augenblicke wieder abschriebe. Es wäre doch die größte Ruhmesthat, gerade Pommern zu gewinnen. Griffe hier die Fraktion ein, sie würde sich den besten Dank erwerben.

Bremer-Magdeburg (sehr schwer zu verstehen): In letzter Zeit ist die Behauptung, unsere Theilnahme am Parlamentarismus sei ein Unrecht, mit derartigen Argumenten durch die Opposition vertreten worden, daß ich dagegen doch protestieren muß. In einem von jener Seite ausgegangenen Artikel heißt es u. A. sogar: Wer den Arbeitern sagt, er will ihnen mit dem Parlament helfen, begeht einen Schwindel, einen Betrug! — Wir haben doch unser Parteiprogramm und solange das nicht geändert ist, so lange es uns anweist, die alten demokratischen Forderungen zu erheben, deren Bewirklichung auf dem Felde des Parlamentarismus liegt, solange erkenne ich nur den als Parteigenossen an, der sich auf dieses Programm stellt. Ich gewähre die weitgehendste Freiheit in der Diskussion, aber Unterthobung von Lüge und Betrug verbitte ich mir. Aus der Diskussion darf nicht Geschäftigkeit hervorgehen, durch sie darf auch die Parteidisziplin nicht untergraben werden!

Kunert beschwert sich zur Geschäftsordnung über störende Unruhe an den Saalausgängen; Niemann-Chemnitz führt über die vorhandene Zugluft Klage.

Es läuft von Vollmar und Genossen folgende Resolution ein:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Partei hat für die nächste Zeit eine hauptsächlichliche Wirksamkeit dahin zu richten, daß das vorhandene Koalitionsrecht nicht nur im ganzen Umfange aufrecht erhalten und gegen jede wie immer geartete Beeinträchtigung thätkräftig geschützt, sondern weiter bis zur vollen Versammlungs- und Verbindungsfreiheit entwickelt wird. Als ein nothwendiges Mittel zum Schutze des Koalitionsrechtes der Arbeiter gegen die unterdrückerischen Bestrebungen des Unternehmertums ist ein Gesetz anzustreben, welches jeden Versuch, das Koalitionsrecht oder die sonstige Ausübung der gesetzlichen Rechte zu hindern oder zu erschweren, unter nachdrückliche Strafe stellt.

H

Kloß-Stuttgart wünscht, daß diese Resolution bis zu Punkt 8 der Tagesordnung zurückgestellt werde.

Vollmar: Mein Antrag zielt nicht nur auf das gewerbliche Koalitionsrecht, sondern auf jedes Koalitionsrecht, und wir können unmöglich die Materie derart theilen, daß wir einen Theil erst bei Punkt 8 behandeln; das Koalitionsrecht ist ein politischer Faktor, der gerade nur hier erledigt werden kann, wo es sich um unsere parlamentarische Bethätigung handelt. Wir fordern bekanntlich für alle Deutschen, ob Männer oder Frauen, das gleiche, vollkommen freie Vereinigungs-, Versammlungs- und Verbindungsrecht nach jeder Richtung, darüber brauchen wir nicht zu reden; nur scheint es mir taktisch an der Zeit, jezt uns dieses Rechtes besonders anzunehmen. Sowohl von Seiten der Regierung wie des Unternehmertums wird jezt bereits der Versuch gemacht, das Vereinsrecht zu beeinträchtigen; weitere Versuche werden, wenn wir von unseren Rechten unter dem jezt zurückgewonnenen gemeinen Recht wollen Gebrauch machen, gar nicht auf sich warten lassen. Wir müssen bedenken, die Leute sind wenig durch die bisherigen Verhältnisse an die öffentliche Diskussion gewöhnt, und wenn erst die Lavine von Versammlungen, Pressezeugnissen, Reden u. s. w. über sie ergehen wird, dann werden die Spießbürger erst recht wieder nach Polizei schreien. Deshalb sollte nach meiner Ansicht der Parteitag hier ansetzen, nicht nur mit dem Verlangen der Ausdehnung des Rechtes, sondern auch mit der Forderung nachdrücklicher Strafen für jeden, der diese gesetzliche Freiheit zu beeinträchtigen versucht. In dem Arbeiterschutz-Gesekentwurf der Fraktion ist die Sache insofern berührt, als dort die Unternehmertartelle und die schwarzen Listen als strafbar hingestellt werden, nicht nur civilrechtlich, sondern auch durch Verwirkung von Konventionalstrafen und dergleichen. Die Sache hat damals großen Krastel hervorgerufen und alle guten Bürger in furchtbare Wuth versetzt, daß wir ihnen ihre Freiheit, uns zu unterdrücken, verbieten wollen. Aber gerade der Aeh- und Befehsrei der Bourgeoisie hat uns den rechten Weg gezeigt; wir dürfen nicht zurück, sondern müssen weiter gehen, und das soll durch meinen Antrag geschehen. Derselbe ist nicht etwas noch nie Dagewesenes, sondern sein Inhalt ist in Frankreich z. B. bereits Gesek; es werden dort solche Zuwiderhandlungen unter eine Geldstrafe von 200 bis 1000 Franks und unter die Androhung von Gefängniß bis zu drei Monaten gestellt. Ich bitte den Parteitag, sich möglichst einstimmig für den Antrag zu erklären, um der Fraktion gebundene Marschroute zu geben, daß sie bei der ersten Gelegenheit denselben im Reichstage einbringt.

Fleischmann-Frankfurt a. M. Sie werden sich Alle sehr wohl zu erinnern wissen, daß es eine Zeit gab, wo es fast ein moderner Sport geworden war, etwas revolutionär zu renommiren. Wir

haben dieses Treiben fast überall wahrnehmen können. Man renommirte einerseits beständig mit der Behauptung, die parlamentarische Thätigkeit führe uns nicht zum Ziel, und andererseits wurde immer auf den sog. großen kommenden Tag hingedeutet, welcher die Menschheit mit einem Schlage erlösen sollte. Derartige Leute giebt es noch hier und da in unseren Reihen; ich habe keine Veranlassung, Namen zu nennen, aber auch ich halte für nothwendig, daß wir uns in einer bestimmten Richtung ganz entschieden äußern und den von uns zu gehenden Weg bezeichnen. Wir wollen und müssen bestrebt sein, das Klasseninteresse der großen indifferenten Masse zu wecken, dann wird sich schon zeigen, wie weit wir unseren Zielen uns nähern. Ich bin nicht gerade ein Freund des Boykotts, aber ich bin entschieden für den Boykott des Militarismus. Boykottiren wir ihn, geben wir ihm keine Gelegenheit, von seinen Schießwaffen Gebrauch zu machen. Geben wir ihm keine Gelegenheit zum Einbauen auf die Massen, dann haben wir im Interesse der Fortentwicklung unserer Bewegung mehr gethan, als mit aller Revolutionsmacherei und mit dem Hinderten auf jenen großen Tag, auf Putzche u. dgl. Die große Masse ist zum Klassenbewußtsein zu bringen, alles andere sind nebensächliche Fragen.

Liebnecht: Genossen! Ich hätte eigentlich erwartet, daß die Opposition sich melden würde. Dem Genossen Vollmar wollte ich zunächst sagen, daß das Koalitionsrecht von uns in seiner Bedeutung voll erkannt wird. Wir wissen genau, daß das Wahl- und das Koalitionsrecht die bedeutendsten Rechte sind, die wir zu vertheidigen haben werden. Uebrigens ist das, was Vollmar beantragt und von ihm hier befürwortet wurde, bereits geschehen. — Da nun hier kein Ansturm gegen den Parlamentarismus bisher gekommen ist, muß ich mich gegen einiges in der Presse Gesagte wenden. Der ganze Ansturm läuft auf eine Verwechslung dessen hinaus, was man unter Parlamentarismus versteht. Früher verstand man darunter — in Frankreich unter Louis Philipp und in England — unter Parlamentarismus nicht das Wahlrecht im Allgemeinen, sondern bloß das Wahlrecht einer Minorität, nämlich der bestehenden Klassen. Dieses ganze System ist uns als ein Schwindelsystem erschienen. Wo aber ein allgemeines Wahlrecht besteht, kann davon keine Rede sein. Die 45 Millionen Deutsche können doch nicht an einem Tage zusammenkommen und über jedes Gesez berathen; wir müssen also eine Vertretung haben. Wessen Schuld ist es, wenn die Volksvertretung nichts taugt? Schuld daran ist doch nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern der Unverstand der Massen, die leider noch allzu oft ihre eigenen Feinde wählen. Da zeigt sich, wo wir den Hebel anzusetzen haben. (Sehr richtig!) Von den 80 Prozent, die gegen uns sind, würden mindestens noch neun Zehntel zu uns

gehören, wenn sie ihr Interesse verständen. Diese bis jetzt indifferente Masse müssen wir erobern; haben wir sie erobert, so haben wir den Sieg. Das war gerade das Gefährliche jener Opposition, womit sie den Gegnern einen ungeheuren Dienst geleistet hätte, wenn es ihr gelang, diese indifferente Masse gegen uns aufzubringen. In die Partei schlagen sie damit einen Keil hinein, die schüttelt solche Dinge mit Leichtigkeit ab (Zustimmen), aber jene mögliche Wirkung des Auftretens der Opposition ist der Hauptfehler gewesen. Man hat alles gethan, den Parlamentarismus zu diskreditiren, so daß ein Abgeordneter fast als ein Feigling erscheinen mußte. Die Herren haben auf die Brust geschlagen, als wären sie die einzig Thätigen in der Partei. Was haben sie gethan? Ein Paar Reden gehalten. Eine Bombe werfen kann einmal jeder Esel. (Sehr richtig.) Schon früher habe ich auf die anarchische Bewegung hingewiesen; sie ist zurückgeworfen worden, während wir in Deutschland eine Macht geworden sind. — Kompromisse sollen nicht geschlossen, unser revolutionärer Charakter muß stets scharf aufrecht erhalten werden. Im Parlament ist es oft sehr schwierig, die Grenzlinie zu ziehen; da wird unter Umständen ein klein bißchen zu weit nach rechts oder nach links gegangen; wenn man aber das Ziel fest vor Augen hat, wird man diese Linie stets im Ganzen richtig innehalten, und das ist unsererseits geschehen. Die ungeheure Bedeutung des Wahlrechts wird Ihnen ja durch unsere ausländischen Genossen bezeugt. In Belgien, Oesterreich, in den Niederlanden, überall kämpft man um das allgemeine Wahlrecht, das gewaltigste Agitations- und Erziehungsmittel für die Massen, welches existirt. Trotz aller Unterdrückung, die wir erlitten haben, sind dadurch die Volksmassen bis ins Innerste aufgerüttelt worden. Wenn Sie heute den politischen Bildungszustand auf dem Lande mit dem zur Zeit vor dem allgemeinen Wahlrecht vergleichen, werden Sie erklären müssen, daß die erzieherische Wirkung dieses Wahlrechts garnicht hoch genug geschätzt werden kann, und darum müssen wir es benutzen. Fürst Bismarck, der zwar kein Staatsmann war, aber ein Demagoge, wie er im Buche steht, hat den Wählerfang gründlich betrieben. Das thun wir auch, aber wir schwindeln den Leuten nichts vor, was wir nicht erfüllen können. Früher haben wir ja theilweise eine ganz andere Taktik verfolgt. Taktik und Prinzip sind zwei verschiedene Dinge. Ich habe 1869 in einer Rede in Berlin den Parlamentarismus verurtheilt. Das war damals. Die politischen Verhältnisse waren ganz andere; der Norddeutsche Bund war eine Mißgeburt, ein Deutsches Reich gab es nicht. Niemand konnte die Wendung voraussehen, die so bald eintrat. Sie kennen die Geschichte. Der österreichische Oberkriegsrath gab seine ausgearbeiteten Schlacht- und Siegespläne den Feldherren in die Hand, und sie wurden geschlagen; den französischen Heerführern sagte man nur: Ihr habt

H

zu siegen, und sie siegten. Und das müssen auch Sie der Parteilührung sagen: Ihr müßt siegen, Ihr habt unsere Interessen zu vertreten! Die Taktik ist Sache der Umstände, aber Ihr müßt siegen! (Stürmischer Beifall.)

Werner-Teltow (zur Geschäftsordnung): Ich habe sofort, als der Berichterstatter begann, einen Zettel mit meiner Meldung hinaufgeschickt; ich bemundere, daß der Zettel weggekommen ist. . . .

Vorsitzender Dieß: Der Zettel ist nicht verloren gegangen, Genosse Werner bekommt jetzt das Wort.

Werner-Teltow: Ich hätte zunächst gewünscht, daß vom Bureau der Ausdruck „Berliner Clique“ gerügt worden wäre, wie das schon der gewöhnliche parlamentarische Anstand erheischt. . . (Lolche des Präsidenten.)

Vorsitzender Dieß: Ich kann dem Genossen Werner nicht gestatten, das Bureau zu kritisiren; ich werde aber auch beleidigende Ausdrücke, gleichgiltig von welcher Seite sie kommen, zurückweisen.

Werner (fortfahrend): Dann hat der Vorsitzende das überhört. — Ich stehe in der Frage des Parlamentarismus auf dem Standpunkte, daß man das Agitationsmittel der Wahl für unsere Partei unbedingt zu insceniren und anzuwenden hat, da man dadurch in die entlegensten Kreise der noch indifferenten Bevölkerung Deutschlands hineindringen kann. Aber mit der Resolution Fischer, die ja ähnlich auch schon in Kopenhagen und in St. Gallen angenommen ist, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich spreche unseren Abgeordneten garnicht ab, daß sie ihre Thätigkeit im Reichstage entwickelt haben; viel zu rührig sind sie gewesen; aber ob diese Rührigkeit am rechten Ende angewandt worden ist, ist eine zweite Frage. Unsere Reichstagsfraktion muß im Parlament mehr propagandistisch, mehr agitatorisch wirken für die Ideen der Sozialdemokratie. Wir wollen doch das Parlament nicht betrachten als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck! Nun sagt Singer, wir müssen uns die Soldaten erziehen, damit, wenn die heutige Anschauung fällt, die große Masse soweit ist, daß sie weiß, welches die sozialdemokratischen Prinzipien sind und daß auf Grund derselben die neue Weltordnung aufgebaut wird. Auf diese Weise kann ich aber Soldaten nicht erziehen, wenn ich die Zweckmäßigkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung in der heutigen Gesellschaft so in den Vordergrund stelle. Was heißt es denn, wenn heute die Verkürzung der Arbeitszeit so sehr betont wird? Ich betrachte die Kaiserlichen Erlasse, die ja von Einzelnen bei uns gelobt worden sind als erster Anstoß zu einer neuen Aera, dahin: der Regent wollte die Bourgeoisie, das Kapital, darauf hindrängen, so sagen, die anstürmende Gefahr der Arbeiterbewegung ist vorhanden, verbrüderet euch international, damit ihr jene sozialen Forderungen, die von Seiten der Arbeiter-

H

vertreter erhoben werden, Verkürzung der Arbeitszeit, welche Erhöhung des Lohnes nach sich ziehen muß, regeln könnt; denn wenn ihr auf dem Weltmarkt vollständig einig seid, dann kann das Produkt diese Lohnerhöhung durch die verkürzte Arbeitszeit sehr wohl tragen. Betrachten wir doch die Sache ruhig. Bei zehnstündiger Arbeitszeit wird bei der heutigen Wirtschaft ein Quantum von Arbeit fertig (Unterbrechungen) . . . ich glaube, ich erzähle Ihnen nichts Neues. (Heiterkeit, Rufe: Sehr richtig!) Wenn durch die Verkürzung der Arbeitszeit und den erhöhten Arbeitslohn das gelieferte Quantum jetzt ein geringeres wird, muß doch ganz naturgemäß das einzelne Produkt im Preise steigen. (Zwischenrufe: Das wissen wir!) Es ist aber wesentlich, daß ich das heute hier konstatire. (Große Heiterkeit). Sie werden mich heute nicht aus der Fassung bringen. Die Lage der Bevölkerung wird nicht gehoben, wenn durch die Vertheuerung der Produkte eine Steigerung des Lohnes stattfindet und wenn durch die Bestimmungen des ehernen Lohngesetzes die arbeitende Bevölkerung auf dem niedrigsten Niveau der Selbsterhaltung ihre Forderungen von der Kapitalistenklasse erfüllt bekommt. Wenn heute der Lohn zwei Mark ist und die Waare kostet auch zwei Mark, so ist das doch gleichbedeutend, ob der Lohn fünfzig Mark ist, wenn die Waare auch fünfzig Mark kostet. Das ist doch ganz klar. (Lachen und fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich wollte dies Beispiel hier nur anführen, um zu konstatiren, daß unsere Reichstagsabgeordneten darauf hindrängen sollten, daß die Kapitalwirtschaft unbedingt weg muß. Diese Flickelei durch Arbeiterschutzgesetzgebung an der heutigen Wirtschaftsordnung wird niemals eine Hebung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen mit sich bringen. Geistig kann die Arbeiterklasse durch die verkürzte Arbeitszeit sehr wohl gehoben werden. (Rufe: Ha! Andauernde Unruhe.) Das ist der einzige Grund, aber eine materielle Hebung möchte ich sehr stark bezweifeln, und deshalb kann ich Singers Ausführungen nicht zustimmen, wonach auch eine bessere Ernährungsweise dadurch erzielt werden soll. Die Arbeiter werden immer auf dem niedrigsten Niveau stehen. (Fortgesetzte Unruhe.)

Vorsitzender Diez: Die zehn Minuten sind vorüber. (Werner bittet um weiteres Gehör. Stürmischer Widerspruch. Bebel ruft: Gebt ihm noch zehn Minuten! G. Schulz-Berlin: Geben Sie Herrn Werner noch zehn Minuten mehr! Jeder blamirt sich, so gut er kann! Stürmische Heiterkeit und Lärm.)

Auf die Anfrage des Vorsitzenden beschließt der Parteitag ohne Widerspruch, den Redner weiterprechen zu lassen.

Vorsitzender: Herr Werner hat das Wort. Ich bemerke aber, daß dies kein Präjudiz sein soll. Jeder folgende Redner darf unbedingt nur 10 Minuten sprechen.

Werner (fortfahrend): Ich danke zunächst Herrn Schulz für

H

die Zensur, die er mir gegeben; wir werden in Berlin mit ihm darüber weiter sprechen. Vor dem Sozialistengesetz webte in den Reden unserer Abgeordneten ein frischer, belebender Hauch; das sprach zum Herzen; da sah die Masse, daß sie von unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaft nichts zu erwarten hat und daß die Prinzipien der Sozialdemokratie einzig und allein die richtigen seien. Aber jetzt hat im Reichstage der Abgeordnete Bebel in einer Kommission erklärt, und ich möchte darüber von ihm Auskunft haben, wie er das gemeint hat, man müsse einer jeden Regierung Vertrauen entgegenbringen (Lachen). Bebel wird mir das beantworten. Ich möchte diesen Anspruch nicht näher ausmalen. Ferner hat Bebel in seiner letzten Militärrede etwas ausgeführt, was ich nicht unterschreiben kann und was ich als Sozialdemokrat auch nicht verstehe. Ich bin ja ein ziemlich beschränkter Mensch. (Zustimmung und Heiterkeit.) Ich habe ja keine Gymnasialbildung. — Der Abgeordnete Bebel hat bei der Militärvorlage im Reichstage gesagt, er sehe ein, daß die Abrüstung nicht möglich sei und daß von der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu erwarten sei, daß sie die Kraft aus den Händen gebe. (Redner citirt den stenographischen Bericht.) Bebel erklärte sich sogar eventuell bereit, dazu Mittel zu bewilligen, um die Uniformen umzuändern. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß man der Regierung in dieser Weise KonzeSSIONen von unserer Seite macht. Wenn wir die internationale Abrüstung verlangen, so muß immer und immer wieder betont werden, daß der Militarismus etwas Kulturfeindliches ist. Ich bin zufrieden, wenn mich Bebel in dieser Beziehung eines Besseren belehren kann, aber ich konnte das, von meinem Standpunkte aus nicht gutheißen.

Im deutschen Reichstage sind unsere Vertreter mit Recht gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz aufgetreten. Es wurde gesagt, das Gesetz sei nur eine verschobene, nicht verbesserte Armenpflege, und darum könne man ihm nicht zustimmen. Es ist mir aber erinnerlich, daß von der Fraktion der Antrag gestellt wurde, daß das kleine Bürgerthum, der Handwerkerstand, auch solle der Wohlthaten des Gesetzes theilhaftig werden. Ferner sagten die Abgeordneten im Reichstage: wir sind gegen jede veränderte Armenpflege, wir wollen keine derartige Armenpflege, — und dann kommen unsere Leute in der Stadtverordnetenversammlung und sagen: hier in der Stadtverordnetenversammlung müssen wir einmal anfangen, die Armenpflege ein bisschen zu reformiren, und müssen einmal sehen, ob wir hier einen Pfennig der einen oder anderen Familie mehr geben können. Das ist gefährlich. Ich bin für die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage, aber sie muß propagandistisch, agitatorisch, von unseren Gesichtspunkten, von sozialdemokratischen Zielen aus immer zündend zur Masse sprechen.

H

Ferner muß ich auf etwas aufmerksam machen, was zu unliebamen Auseinandersetzungen in der Presse geführt hat. Im Wahlkreise des Abgeordneten Stadthagen, bei der Hauptwahl, vertheilten die Freisinnigen illustrierte Flugblätter, und bei der Stichwahl kam unsere Partei und vertheilte dieselben illustrierten Flugblätter. Es handelte sich in denselben um die indirekten Steuern. Wir sehen aber doch die Fülle von ganz anderen Gesichtspunkten an, als die bürgerlichen Parteien. Die Freisinnigen sind allerdings auch gegen die indirekten Steuern, aber nur, weil sie das Privatkapital in seiner Beweglichkeit nicht einschränken wollen. Wir dagegen sind gegen die Getreidezölle, weil wir, wie Karl Marx auf dem Brüsseler Kongress ausführte, einen revolutionären Standpunkt einnehmen, weil die große Masse der arbeitenden Bevölkerung einfach ihre Lebensmittel vertheuert bekommt und weil der Freihandel eher zum Zusammenbruch der privatkapitalistischen Produktionsweise führt. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch; der Parlamentarismus ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck. Er muß agitatorisch, propagandistisch sein, um so die Massen aufzuklären. Das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die politischen Fragen müssen mehr in den Vordergrund gestellt werden als bis dato, die Arbeiter müssen vor dem Terrorismus der Arbeitgeber geschützt werden.

Löwenstein-Nürnberg: Jede agitatorische Thätigkeit unserer Fraktion muß für unsere Partei zugleich eine praktische sein. Werner aber faßt die Thätigkeit der einzelnen Abgeordneten in dem Sinne auf, wie z. B. Gassmann und Most dies thaten, als sie — nicht mehr Abgeordnete waren. Das ist der Kernpunkt seiner ganzen Ausführungen: es sollen anarchistische Auffassungen ins Volk hineingetragen werden. Daß wir aber damit nichts wollen zu thun haben, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Nach Werners Meinung korrumpirt die parlamentarische Thätigkeit. In gewissem Sinne ist das ja auch richtig. Dasselbe läßt sich aber ebenso gut von jeder Theilnahme an der Politik überhaupt sagen. Es werden nur Diejenigen korrumpirt, die nicht gesinnungstreu sind, die keine Prinzipien haben, die nicht opferwillig sind, die nicht die Allgemeinheit, sondern nur persönliche Interessen im Auge haben. Für die Charaktere ist die parlamentarische Thätigkeit eine Schule, und wer da Charakterfest hervorgeht — und das ist bei der Thätigkeit unserer Fraktion in vollstem Maße der Fall —, bei dem ist von Korruption keine Rede. Ich bin der Meinung, daß unsere Vertreter, weil auf die agitatorische Thätigkeit der Hauptwerth zu legen ist, hauptsächlich in den großen Prinzipienfragen, also zunächst in den sozialpolitischen Fragen, arbeiten müssen und nicht in Kleinigkeiten ihre Kraft zersplittern sollen. Ich wünsche aber auch, daß unsere Abgeordneten mehr als bisher

— ich will ihnen damit keinen Vorwurf machen —, ähnlich wie früher Zeit der leider viel zu früh gestorbene Abgeordnete Kayser, beim Budget die vorhandenen Mißstände zur Sprache bringen; das kann uns nur Anhänger gewinnen.

Rebel: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich mich auf die sogenannten nationalökonomischen Auseinandersetzungen des Herrn Werner einlasse. (Sehr richtig; Geisterkeit.) Ich wäre auch gar nicht dazu im Stande; nicht weil ich mich zu unwissend halte, sondern weil ich, was er ausführte, nicht habe verstehen können. Ein solcher Wirrwarr von verschiedenartigen Gedanken, eine solche geistige Konfusion ist mir bei einem Parteigenossen, der sich öffentlich um ein Reichstagsmandat beworben hat, noch nie begegnet. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich früher den lebhaften Wunsch gehabt habe, in Rücksicht auf die Rolle, welche Werner in der Berliner Bewegung gespielt hat, daß er bei den Wahlen des 20. Februar oder bei der Nachwahl als Abgeordneter gewählt werde, so muß ich erklären, nachdem ich heute seine Rede gehört, freue ich mich außerordentlich, daß er nicht mein Reichstagskollege geworden ist. (Sehr gut!) Wäre er gewählt worden, fürchte ich sehr, daß wir in seiner Person eine ganz ungeheure Blamage im Reichstage uns zugezogen hätten. (Bravo!) Hätte Werner seine heutige Rede im Reichstage gehalten, wo jedes Wort durch den stenographischen Bericht festgenagelt wird, ich wäre schamroth geworden über den Effekt in der Presse. Die Auseinandersetzungen, die er bezüglich der indirekten Steuern zum Besten gegeben, und bei denen er, ein Bekämpfer der Autorität, sich auf die Autorität von Karl Marx bezog, beweisen, daß er nicht einmal die wesentlichen Grundbegriffe unseres Parteiprogramms kennt. In dieser Hinsicht genügt sein Wissen nicht einmal den bescheidensten Anforderungen. Auch die von ihm zitierte Rede, die Marx auf dem Brüsseler Kongress gehalten, hat er nicht verstanden. Würde einer von uns im Reichstag in einer Rede über die Aufhebung der Getreidezölle u. s. w. ähnliche Ausführungen machen, wie wir sie heute von Werner gehört haben, ein gründliches Fiasko wäre die notwendige Folge. Ich sage aber mehr. Hätte Herr Werner die Ausführungen, die er heute hier über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion und über seine Stellung zu den indirekten Steuern zum Besten gegeben hat, auch bei der Wahlagitation vor seinen Wählern gemacht, ich bin fest überzeugt, daß er nicht den dritten Theil der Stimmen bekommen hätte, die er thatsächlich bekommen hat. (Sehr richtig!) Dieselben Herren, die heute fortgesetzt gegen die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion vorgehen und nicht genug heftige Worte finden, um sie zu verurtheilen, haben bei der Wahlagitation vor 6 Monaten genau in derselben Weise, wie wir Alle, für ihre Kandidaturen gewirkt. Damals hörte man von ihrer jetzt zur Schau

gestellten geringschätzigen Meinung über den Parlamentarismus und von ihren abweichenden Ansichten über die Fraktionshätigkeit absolut nichts. (Hört! hört!) Ich weiß, daß sie im Gegentheil die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion für sich nach Möglichkeit ausgenutzt haben; ja sie haben mit dem Hinweis auf die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion die Stimmen der Wähler für sich zu erobern gesucht. (Hört! hört!) Parteigenossen! Ich möchte Sie auf diese demagogische Taktik aufmerksam machen. Hier zeigt sich in greller Beleuchtung, was es für Leute sind, die sich hier als Opposition aufspielen. Gefährlich freilich sind sie nicht, diese Herren Konfessionäre. Das zeigt ja auch die sich in fortgesetzten Widersprüchen bewegende Rede Werner's. Erst verlangt er, wir sollen nur propagandistisch wirken, dafür eintreten, daß die sozialdemokratischen Ideen in die Massen des Volkes eingetragen werden. Gleich darauf aber verlangt er, daß wir für die Vereins- und Versammlungs-, für die Koalitionsfreiheit eintreten und dementsprechende Anträge stellen. Was haben wir denn aber anderes gethan? Allerdings haben wir außerdem auch noch für den Arbeiterschutz gewirkt. Wenn dies Nebenragen sein sollen: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot der Nachtarbeit u. s. w., dann ist freilich neun Zehntel unserer Agitation bisher überflüssig gewesen. (Sehr richtig!) Dann sind aber auch die Gewerkschaften der Arbeiter, ohne Ausnahme, vollständig überflüssig. (Sehr richtig!) Diese Ansicht kann aber nur aus einem Gehirn kommen, in dem es kraus und wirr aussieht. Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie thätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. (Lebhaftes Bravo!) Auf diesem Standpunkte haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen. (Zustimmung.) Werner hat überhaupt ganz und gar verkannt, wo er sich befindet. In einer Volksversammlung, deren Teilnehmer nie etwas von Sozialdemokratie gehört, hätte vielleicht seine Lungenkraft überzeugend gewirkt. Seine Gründe sicher auch dort nicht. Bei uns aber wirkt nicht einmal die Stärke seiner Lunge. (Sehr richtig!)

Bei meinen Angriffen auf mich und meine Fraktionsfreunde kam eine ungeheure Begriffsverwirrung und Unwissenheit zu Tage. Er wirft uns Inkonsequenz in Bezug auf das Alters- und Invaliditätsgesetz vor, weil wir die Ausdehnung desselben auf die Klein-

meister verlangten. Herr Werner beweist mit diesem Vorwurf nur, daß er da von etwas spricht, was er gar nicht kennt. Wir haben durch unsere Redner wiederholt ausführen und erklären lassen, daß das Gesetz, wie es die Regierungen einbrachten und der Reichstag schließlich annahm, nichts sei, als eine verbesserte Armenpflege. Wir wollten es aber in unserem Sinne umgestalten und verlangten damit zugleich, daß diejenigen Klassen der Bevölkerung, die sich in ähnlicher Noth wie die Arbeiter befinden aus dem kleinbürgerlichen Gewerbe- und Bauernstand, ebenfalls der Wohlthaten des von uns verbesserten Gesetzes theilhaftig werden sollen. Wir haben also ganz korrekt bei der Spezialberatung des § 1 des Gesetzes einen dahingehenden Antrag gestellt. Bei der Rentenzahlung haben wir bedeutend erhöhte Sätze beantragt und nachdem diese Bestimmungen, die für uns selbstverständlich waren, abgelehnt waren, haben wir gegen das ganze Gesetz gestimmt. Wenn je eine Fraktion in einer Frage korrekt gehandelt, dann ist es von der sozialdemokratischen Fraktion in der Alters- und Invaliditätsfrage geschehen.

Ich soll dann in der Arbeiterschutzkommission geäußert haben, man müsse einer jeden Regierung Vertrauen schenken. Ich war mir sehr wohl bewußt, als ich einen Satz ähnlicher Art ausgesprochen hätte, daß er in der Presse und wahrscheinlich von derjenigen Seite unserer Partei, die seit langem die Opposition gewissermaßen als Geschäft betreibt, ausgenutzt werden würde. Wie verhält sich nun die Sache? Wir haben bei der Berathung in der Kommission — unsere Gegner werden uns in allererster Linie dies bezeugen — alles aufgegeben, um den Arbeiterschutzgesetzentwurf in unserm Sinn zu amendiren. Durch unsere Anwesenheit und Thätigkeit sind gerade die Verhandlungen in der Kommission so eingehend geführt worden. Sehr zum Aerger unserer Gegner. In der Kommission verlangten nun die Freisinnigen, daß eine Reihe von Maßnahmen, welche durch die Regierungsbehörden und in erster Linie durch die Fabrikinspektoren gehandhabt werden sollten, gleich gesetzlich festgestellt werden sollen. Es sind das Vorschriften, die sich auf die technischen Zustände der Fabriken beziehen; diesem Verlangen der Freisinnigen gegenüber wurde nun geltend gemacht, daß es bei der bekündigten Revolutionirung der Technik eine Unmöglichkeit sei, die nothwendigen Schutzmaßregeln durch Gesetz zu bestimmen; es müßten sonst nach einem halben Jahre bereits eine ganze Reihe von Bestimmungen wieder über den Haufen geworfen werden. Es können immer neue Maschinen erfunden werden, welche ganz neue Schutzvorrichtungen erforderlich machen, die gar nicht im Gesetz vorgesehen sind. Ich sagte nun, in dieser Frage und wenn wir einmal überhaupt ein Gesetz machen über die Aufsicht der Fabriken, müssen wir jeder Regierung, mag sie sein, welche sie wolle, das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die Bestimmungen in

dem Sinne handhabt, daß sie den Fabrikinspektoren die dem jeweiligen Stande der Technik entsprechenden Anweisungen zur Kontrolle der Fabriken giebt. Also auf dem Wege der Verwaltung, wenn eine Aenderung des Produktionsprozesses eintritt, muß die Regierung die Möglichkeit haben, heute so, morgen so zu operieren. Jede andere Regelung würde zum Schaden der Arbeiter selbst ausschlagen. Da ist es egal, wer augenblicklich in der Regierung sitzt. Wir müssen uns eben darauf verlassen, daß sie die getroffenen Bestimmungen in deren Geiste handhabt. Das ist der Sinn meiner Worte.

Ich soll mich dann, entgegen unserer sonstigen Auffassung, gegen die Abrüstung erklärt haben. Das ist auch wieder eine der Wortverdrehungen, an denen kein Mensch in der Partei reicher ist, als Werner. So oft ich auch Gelegenheit gehabt habe, mit diesem Herrn zu disputieren, habe ich gefunden, daß es keinen größeren Meister in der Entstellung und Verdrehung der Worte des Gegners giebt, als ihn. Ich muß erklären, das ist ein Verfluchen, das ich mit dem Begriff der Ehrlichkeit und Anständigkeit eines Mannes nicht vereinbaren kann (Bravo!). Ich habe ausgeführt, ich halte die Bestrebungen der sogenannten Friedensfreunde auf allgemeine Abrüstung für aussichtslos, weil es überhaupt nicht denkbar ist, daß die rivalisierenden Militärstaaten dazu übergehen können, gesetzliche Bestimmungen über die Abrüstung zu vereinbaren; aber selbst, wenn derartige Bestimmungen getroffen würden, dann wird mit Nothwendigkeit jede Regierung heimlicherweise dieselben zu umgehen suchen, um im Kriegsfall dem Gegner mit größerer Macht gegenüberzutreten zu können. Der Krieg und die Nationalitätenfeindschaft, so führte ich aus, ist ein nothwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft und der in ihr existierenden Klassengegensätze. Sie kann keine Verbrüderung der Nationalitäten wollen, sie muß nothwendig auf die Völkerverhehung hinarbeiten. Die Kriege sind heute schon nothwendig, damit gewisse Machthaber jeden Augenblick ein Mittel zur Hand haben, die Aufmerksamkeit der Massen von den inneren Angelegenheiten und den sozialen Mißständen abzulenken. Weiter sind die stehenden Heere ein sehr probates Mittel, um die überflüssigen Söhne der Bourgeois in fett dotirte Offiziersstellen unterzubringen (Bravo!). Wenn Ihr aber einmal diese stehenden Heere für nothwendig haltet, so führte ich den Freisinnigen gegenüber, speziell gegen die sich so breit machende Richter'sche Scheinopposition aus, dann trifft wenigstens Einrichtungen, daß der aus den ungeheuren Verbesserungen in der Technik der Kriegsführung entstehenden Massenhinschlachtung nach Möglichkeit gesteuert wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei der Anwendung des rauchlosen Pulvers und der gegen früher ungeheuren, gesteigerten Treffsicherheit der Gewehre, die jetzigen Uniformen mit ihren blinkenden

H

Metallknöpfen und grellen Farben ein geradezu Verderben bringendes Zielobjekt für die Feinde seien. Müßten sich unsere Brüder, Söhne und Väter schon einmal auf das Schlachtfeld schleppen lassen, dann kleide man sie wenigstens so, daß sie nicht geradezu das Auge des feindlichen Schützen herausfordern. (Bravo!) Und nun frage ich Euch Alle, die Ihr verpflichtet seid, gegen den auswärtigen Feind die Waffen zu tragen: als Linien Soldaten, Reservisten, Landwehrmänner oder Landsturm, wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine bequeme Zielscheibe für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas gethan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? (Rufe: nein!) Wenn ich aber weiter erklärte, ich bin bereit, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen, dann habe ich damit nichts weiter gethan, als meine Bereitwilligkeit ausgedrückt, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die Ungeheuerlichkeit unserer Militärverwaltung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden. Ich habe die Genugthuung gehabt, daß jetzt nach den Manövern in allen Zeitungen und Militärblättern diese Frage erörtert wird. Es wird da ausgeführt, daß es mit der bisherigen farbenschildernden Montirung nicht mehr geht, wenn unsere Soldaten vor der massenhaften Hinschlachtung bewahrt bleiben sollen. Nie in meinem Leben habe ich in einer Frage ein besseres Gewissen gehabt, wie in dieser. Damit bin ich mit Werner fertig. (Geisterzeit).

Was den Antrag Vollmar betrifft, so ist derselbe thatsächlich in unserem Entwurf bereits wörtlich enthalten. Es ist also garnicht nothwendig, daß uns der Parteitag in dieser Beziehung erst eine gebundene Marschroute vorschreibe. Wenn die Bestimmungen, wie sie unser Antrag enthält — woran freilich nicht zu denken ist, — vom Reichstag acceptirt würden, dann stände in der That das Vereins- und Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter auf so festem Grund und Boden, wie in keinem andern Lande der Welt (stürmisches Bravo!).

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich befreitet Gen. Schibolsky-Nieder-Barnim die Behauptung Werners bezüglich der Flugblätter im Wahlkreise Niederbarnim.

Stadthagen: Werner hat behauptet, ich hätte Flugblätter, die bei den Hauptwahlen für die Freisinnigen verbreitet waren, bei den Stichwahlen als sozialdemokratische verbreitet. Das ist unrichtig. Ich habe selbstverständlich lediglich sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Ich habe allerdings dieselben nicht bei Werner drucken lassen. (Geisterzeit.) Ich habe sie aber auch bei einem anderen sozialdemokratischen Genossen nicht drucken lassen können, weil dieser sein Wort nicht hielt. Ich habe sie dann aller-

H

dings bei einem Freisinnigen drucken lassen — ich hätte sie ebenso bei einem Konservativen drucken lassen können. Der Inhalt dieses Flugblattes ist ein lediglich sozialdemokratischer gewesen. Nun waren Wiberbogen, auf denen dargestellt war, wie die Lebensmittelsölle das Volk auspressen, im Woffeschen Verlage erschienen. Von diesen suchten wir welche zu bekommen, um auf der Rückseite unser Flugblatt zu drucken. Wir bekamen sie zu spät und haben sie mit dem Zusatz verbreitet: „Der Gegenkandidat hat für diese Hölle gestimmt, wir wünschen die Abschaffung der Getreidezölle.“ Das ist das „freisinnige Flugblatt,“ demgegenüber ein Genosse den Muth hat, von einer Korruption der Partei zu sprechen. Ich bedaure, sagen zu müssen: ich glaube nicht, daß Werner im allgemeinen an Mangel an Verständniß leidet. Soweit seine prinzipiellen Auseinandersetzungen in Betracht kommen, mag das ja zutreffen; das leuchtet aus seinen sachlichen Ausführungen hervor; was aber seine persönlichen Angriffe betrifft, so weiß er nur zu gut, daß dasjenige, was er sagt, der Wirklichkeit nicht entspricht. (Bravo!)

Werner: Bebel sagte, ich hätte den Standpunkt, den er in seiner Reichstagsrede über die Militärvorlage vertreten, für verwerflich für die Partei gehalten. Ich habe ihn aber nur um Auskunft gebeten, wie er das, was er in der Kommission gesagt, gemeint habe. Ich glaube, Sie Alle werden das so verstanden haben. Aber es scheint, daß meine Gegner hier eine sehr sonderbare Kampfweise gegen mich zur Anwendung bringen wollen. (Gelächter.) Stadthagen habe ich persönlich überhaupt nicht vorgeworfen, daß er die Flugblätter hätte verbreiten wollen. Ich habe nur gesagt, in dem Wahlkreise, in dem Stadthagen aufgestellt war, sind diese Flugblätter gedruckt und verbreitet worden. Ich werde sofort nach Berlin telegraphiren und mir ein Exemplar senden lassen. Auf den Flugblättern steht: „Wer nicht will, daß es so werden soll, der wähle den sozialdemokratischen Kandidaten Stadthagen.“ (Unruhe.) Ich meine, wenn diese Flugblätter erst von freisinniger und dann von sozialdemokratischer Seite verbreitet werden, so bringt das eine Verwirrung unter die Massen. Schließlich möchte ich doch ersuchen, daß derartige Unterschleibungen nicht vorkommen, wie die von Stadthagen, ich sei darum gegen die Flugblätter, weil sie nicht in meiner Druckerei gedruckt seien. Das ist unanständig!

Vollmar: Mein Antrag ist keineswegs überflüssig; denn er will nicht nur die Unternehmer bestraft wissen, wenn sie die Arbeiter von Gewerkschaften, von Streiks abhalten und sie maßregeln wollen, sondern auch, wenn sie sie abhalten wollen von der Ausübung sonstiger politischer Rechte.

Bebel erklärt, daß, wenn Vollmar seinen Antrag aufrecht erhalte, selbstverständlich Niemand gegen denselben stimmen werde.

H

Der Vorsitzende ruft den Genossen Stadthagen wegen der eben von Werner erwähnten Aeußerung, die im Bureau wegen der herrschenden Unruhe nicht gehört worden war, nachträglich zur Ordnung.

Stadthagen: Ich habe lediglich Thatsachen aneinandergereiht und garnicht geäußert, was mir vorgeworfen wird. Wenn aus diesen Thatsachen ein Schluß gezogen wird, so kann ich das nicht ändern; ich habe es nicht gethan.

Das Schlusswort als Berichterstatter erhält Singer: Genossen! Ich werde mich ganz kurz fassen, denn unsere Zeit ist gemessen, in der Sache sind wir alle, mit einer einzigen Ausnahme, vollkommen einig; da aber von den übrigen Berliner Genossen leider keiner dazu kam, in der Diskussion diesen Punkt hervorzuheben, so möchte ich als Berliner Abgeordneter sowohl, wie auch als Berliner, Namens der Berliner Partei dagegen protestiren, daß Werner sich immer wieder herausnimmt, hier für die Berliner Parteigenossen zu sprechen. (Sehr richtig!) Die sogenannte Opposition ist in Berlin in den Kreisen der Parteigenossen gerade so vereinzelt, wie die Opposition Werner's hier auf dem Parteitage. (Sehr richtig!) Die Berliner Genossen haben zu duzend Malen in den letzten Jahren ihr volles Einverständnis mit der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion ausgesprochen. Gerade in Bezug auf das Arbeiterschutzgesetz, das Werner als so nebenächlich hinstellt, haben sich eine sehr große Anzahl von Berliner Versammlungen entschieden für das Vorgehen der Fraktion ausgesprochen. Ich bin überzeugt, die Berliner Genossen werden es sich nicht gefallen lassen und dagegen remonstriren, wenn man annimmt, sie seien hier durch Werner vertreten. Wäre Werner ein ehrlicher Kämpfer, so hätte er immer sagen müssen: „Es sind einige Genossen in Berlin, die meine Auffassung theilen und in deren Namen ich spreche.“ Werner meinte, er würde mit seinen Aeußerungen nichts Neues sagen; ja, wenn er nur etwas Gescheutes gesagt hätte! (Seiterkeit; Zuruf: Ist nicht parlamentarisch!) Die national-ökonomischen Ausführungen Werner's kann ich nicht wiederlegen, denn ich habe dieselben nicht verstanden; er sagt, im Reichstag müsse alles agitatorisch, propagandistisch, zündend wirken. Wir wirken, soweit unsere Kräfte reichen, in diesem Sinne im Reichstag. Wir thun das, indem wir die Haltlosigkeit der bestehenden Verhältnisse nachweisen, den herrschenden Klassen die Maske vom Antlitz reißen und unserm Prinzip entsprechende Anträge einbringen; damit wirken wir tausendmal agitatorischer und zündender als wie es etwa durch eine Rede à la Werner geschehen würde. (Lebhaftes Bravo!)

Zur Charakterisirung der sogenannten Opposition, vertreten einzig durch Werner, verweise ich auf den eigenthümlichen Umstand, daß jedes Mal, wenn eine Erwiderung seitens des Angegriffenen

H

erfolgt, Werner kommt und sagt: „Ich habe Niemand angreifen wollen; ich habe das auch nicht geglaubt und ich bin erfreut, die Aufklärung bekommen zu haben.“ So hat er es auch heute wieder gegen Bebel gemacht. Wenn Werner von „sonderbarer Kampfweise“ spricht, dann gilt dies Wort von ihm in erster Linie. Er ist es, der erst verdächtigt und verleumdet, und dann, wenn die Unwahrheit der Angriffe nachgewiesen ist, sagt, ich wollte ja bloß Aufklärung haben, ich wollte nur hören, ob das, was ich nicht glauben kann, wahr ist. So hat er es in Volksversammlungen, so hier gemacht; so handelt aber kein ehrlicher Parteigenosse; der fragt vorher, wenn ihm etwas nicht in Ordnung scheint, verläumdet und verdächtigt aber nicht frisch darauf los um sich nachher hinter die Redensart zu verschanzten „ich habe nur aufklären wollen.“ (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß dieser Parteitag Aufklärung verbreiten wird über den Werth der Opposition, wie sie von Herrn Werner und den ihm Gleichgesinnten betrieben wird. (Sehr richtig!) In sofern können wir auch den Genossen aus dem Wahlkreise Werners nur dankbar sein, daß sie ihn hierher geschickt haben. (Sehr gut!) Ich glaube aber auch, daß die Zahl der übrigen Berliner Genossen, die bisher noch sachlich in einigen Punkten mit Werner übereinstimmen, nach seinen heutigen Ausführungen auf Null schwinden wird. Ich konstatiere nochmals, daß alles dasjenige, was an persönlichen, kränkenden, verleumderischen Anschuldigungen vorgebracht worden ist, einzig und allein Privat-eigenthum des Herrn Werner und der wenigen Anhänger, die er um sich geschaart hat, bleibt. Die ungeheure Mehrzahl der Berliner Genossen ist ebenso treu, brav, intelligent und kampfbereit, wie die Genossen in ganz Deutschland und hat ein Recht darauf, nicht mit Herrn Werner indentificirt zu werden. Das muß vom Parteitag anerkannt werden. (Lebhaftes Bravo!) Den Antrag Vollmar bitte ich anzunehmen, obgleich wir bereits eine derartige Bestimmung im Reichstage beantragt haben. Ueber die Resolution Fischer will ich, als Fraktionsmitglied, kein Wort sagen, aus dem Grunde, weil sie eine Anerkennung für uns enthält, hierüber müssen die Parteigenossen allein entscheiden. (Stürmisches Bravo!)

Die Resolution Fischer wird einstimmig angenommen. Werner entfällt sich der Abstimmung.

Die Resolution Vollmar wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Damit ist der dritte Punkt der Tagesordnung erledigt.

Vom Lokalkomitee in Halle ist ein Schreiben eingegangen, durch welches die Delegirten und Gäste zu einem Kommers auf heute Abend 8 Uhr im Saale des „Prinzen Karl“ eingeladen werden.

Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen.

H

Nachmittags-sitzung.

3 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Den Vorsitz führt Singer.

Nachdem die Wahlhandlung zur Reuenerkommission für geschlossen erklärt und die Mandatsprüfungskommission mit der Feststellung des Resultats und der Berichterstattung über dasselbe beauftragt worden ist, begrüßt die neu erschienenen ausländischen Gäste: Frau Eleanor Marx-Aveling (lebhafteste Affirmationen), die Tochter von Karl Marx, als Vertreterin der Gasarbeiter Londons und der allgemeinen Arbeitervereinigung von Großbritannien und Irland, ferner die Herren Jules Guesde und Ferroul aus Paris, als Delegirte des Nationalkongresses der französischen Arbeiterpartei zu Lille (stürmische Beifallsbezeugungen) und des Genossen Bullschleger-Basel, Mitglied des Komitees zur Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses und Redakteur des Journals „Der Achtundentag“. Der Vorsitzende heißt auch diese ausländischen Genossen namens des Parteitages herzlich willkommen; ihre Ankunft sei ein neuer Beweis der Solidarität des Proletariats aller Länder; er wünsche, daß sie von Halle die Ueberzeugung mitnehmen mögen, daß der Kongreß auf's Ernsteste bemüht sei, die Interessen der Arbeiterklasse aller Länder zu pflegen und zu fördern. Ihre Anwesenheit sei für den Kongreß eine Ehre. (Lebhaftes Zustimmung.)

Darauf richtet Jules Guesde in französischer Sprache eine begeistert aufgenommene Ansprache an die Versammlung. Die Ausführungen des Redners werden von Liebknecht übersezt; sie lauten im Wesentlichen wie folgt:

Bürgerinnen und Bürger! Ich bin glücklich und stolz, hier vor Ihnen stehen zu können. Die französische Arbeiterpartei und der Kongreß von Lille, in deren Namen ich hier spreche, senden dem Kongreß der deutschen Arbeiter vereint ihren Gruß, ihre Sympathie; ihre Bewunderung. Die französischen Arbeiter haben von Anfang an, seit dem Beginn des Ausnahmegesetzes, Eure heldenmüthigen Kampf gegen Polizeimacht und Despotismus mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt; Eure Taktik, die auf jeden Zug der Gegner mit einem Gegenzuge antwortete, hat bewirkt, daß alle Waffen des Feindes gegen den Feind gewendet wurden; sie hat bewerkstelligt, daß dieser Kampf ein Zeugnis wurde für den Despotismus in seiner schlimmsten Gestalt, aber auch ein Zeugnis für die Ohnmacht des Despotismus, dessen Waffen alle zerbrochen sind an der ehernen Kühlung der Sozialdemokratie. Von Frankreich kommend, finde ich hier denselben Geist, der den Internationalen Kongreß in Paris besetzte — den Geist des großen Denkers, dessen Bildniß auf dem Kongreß zu Paris im vorigen Jahre auf uns herniederstrahlte dessen Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ auch in

H

unserem Herzen, wie in dem aller Arbeiter der Welt, Widerhall gefunden hat. Das Ziel der Arbeiter aller Länder ist das gleiche: Die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die Veranblung des Klassenstaats in einen sozialistisch organisierten Staat. In Frankreich wie in Deutschland giebt es für den Sozialismus keine Grenzen; unsere Heimath ist die Welt, die Erlösung der Menschheit unser Ziel. Wir in Frankreich haben dasselbe Programm, wir verfolgen dieselbe Taktik, und freudig bewegt sind wir, daß wir gerade noch rechtzeitig hieher gekommen sind, um zu sehen, wie die von der Bourgeoisie auch in der französischen Presse verbreitete Lüge, daß die deutsche Sozialdemokratie durch innere Spaltung Selbstmord begehen werde, in ihr Nichts zerfallen ist. Wir sind Zeugen geworden, daß die deutsche sozialdemokratische Partei niemals einiger gewesen ist als heute, und wenn wir nach Frankreich zurückgekehrt sind, werden wir den Genossen sagen, daß die Spaltungsnachricht eine infame Lüge der Bourgeoisie war. Deutschlands Proletariat ist das am großartigsten organisierte, es steht an der Spitze des Welt-Proletariats mit seinem Programm, seiner Organisation und seinen Erfolgen. Wir in Frankreich benutzen das allgemeine Wahlrecht, wie Ihr in Deutschland, zur Agitation bei allen Wahlen, ohne dabei auch nur einen Augenblick das Endziel aus den Augen zu verlieren. In Frankreich ist der internationale Gedanke nicht erst neueren Datums: schon die Junikämpfer fochten 1848 unter dem rothen Banner; die Kommune kämpfte für das Proletariat der ganzen Welt. Und der deutschen Sozialdemokratie werden wir es nie vergessen, daß sie in dem Moment, wo die Kommune, im Blut erstickt, am Boden lag, sich mit ihr solidarisch zu erklären den Muth hatte. Das Proletariat hat nur einen Feind: sich selbst; ist es einig, sind die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder zu einer Armee geschlossen, dann kann ihm keine Macht der Erde widerstehen! — Zum Schlusse liegt mir noch daran, das Mißverständnis zu zerstreuen, als ob in Frankreich Sympathien beständen für das despotische Rußland; der französische Arbeiter haßt in Rußland das Rückgrat des europäischen Despotismus. Der Kongreß in Lille hat es durch einen besondern Beschluß an den Pranger gestellt und hat die Bourgeoisie der Verachtung geweiht, die in ihrer Angst vor dem Proletariat in dem Bündniß mit Rußland Hilfe sucht. Hoch das sozialistische Deutschland!

Hiernach richtet Genosse Liebknecht Dankesworte in französischer Sprache an den Vorredner, und fordert dann den Parteitag auf, ein dreifaches Hoch auf das sozialistische Frankreich, auf das Frankreich der Arbeit und ebenso auf die internationale Sozialdemokratie auszubringen. „Vive la France ouvrière, vive la France socialiste! Und hoch die internationale Sozialdemokratie!“ Begeistert stimmen die Anwesenden, die sich von den Plätzen erhoben haben, in die Hochrufe ein.

H

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, richtet darauf auch Ferroul, Mitglied der französischen Kammer und der sozialistischen Fraktion derselben, in französischer Sprache einige Begrüßungsworte an die Versammlung, welche ebenfalls von Liebknecht verdeutschet werden. Er bringe die Grüße seiner Fraktion und ebenso, wie Guesde, die des Lille Kongresses. Die französischen Arbeiter haben im Geiste mitgekämpft den Kampf der deutschen Brüder gegen die Unterdrückung; sie haben den Sieg vom 20. Februar auch als den Sieg der französischen Arbeiter, als den Sieg des Proletariats der ganzen Welt angesehen. Er habe der deutschen Arbeiterschaft die Anerkennung auszusprechen für ihre Ausdauer im Kampf, wie für die Tüchtigkeit ihrer Organisation, die unter den Schlägen der Gegner, statt zertrümmert zu werden, immer härter gehämmert worden sei. Das französische Volk wolle keine Allianz der Diplomaten, die sich gegen die Völker wende, sondern nur eine Allianz der Völker gegen die Despoten, gegen die internationale Bourgeoisie. Nebner schloß: „Vive l'internationale ouvrière en guerre ouverte et en guerre acharnée contre l'internationale capitaliste et despotique!“ „Es lebe die Internationale der Arbeiter, die in offenem und unablässigem Kampfe steht gegen die Internationale des Kapitalismus und Despotismus!“ (Stürmischer Beifall.)

Auch an diesen Vertreter der französischen Arbeiter richtet Genosse Liebknecht Dankesworte in französischer Sprache.

Der Vorsitzende macht Mittheilung von dem Eingang einer weiteren Reihe von Begrüßungstelegrammen und Zustimmungsadressen an den Parteitag aus dem In- und Auslande.

Vor der Tagesordnung wird dann der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet.

Berichterstatter Pfannkuch - Kassel: Die Kommission hat an den Mandaten sehr wenig anzusehen gehabt. Nur in einem Falle wird die Ungültigkeitserklärung beantragt. — Es sind amende 410 Delegirte, welche 235 Wahlkreise vertreten. Außerdem sind 2 Mandate resp. Ausweise von schweizerischen und dänischen Genossen der Kommission überwiesen worden. Diese Ausweise sind aber nicht als Mandate für den Kongreß anzusehen. Ferner sind 3 Mandate für Arbeiterinnen nicht von Wahlkreisen, sondern von Arbeiterinnenversammlungen ausgestellt. Das Mandat der Frau Gunderlach ist vom Delegirten Bremer-Magdeburg angefochten worden, da Frau Gunderlach bei der ursprünglichen Wahl nicht gewählt wurde. Erst als die gewählte Frau Großenborn das Mandat nicht auszuüben im Stande war, habe letztere dann kurzer Hand Frau Gunderlach, unter Ueberweisung des Mandats und des Geldbetrages, mit der Vertretung beauftragt. Außerdem ist in der Kommission ein Mandat des Genossen Lutz aus Baden-

H

Baden für ungültig erklärt; seine Qualifikation als Delegirter wird dadurch aber nicht berührt, da er im Besitz anderweiter gültiger Mandate sei. In dem Protest gegen die Lutz'sche Wahl wird behauptet, daß Lutz in der betreffenden Wahlversammlung alle Diejenigen, welche anderer Meinung waren als er, nicht zum Worte hat kommen lassen. Außerdem soll er Wähler, die ihn bereits in Gaggenau gewählt hatten, nochmals zu dieser Versammlung kommandirt haben. Die Kommission hat das nicht für korrekt befunden und deshalb dies Mandat für ungültig erklärt. Ein Monitum liegt ferner vor gegen die Wahl von Besch-Gresfeld. 15 dortige Genossen drücken in einem Schreiben an den Kongreß ihre Unzufriedenheit mit seiner Wahl aus, gestehen aber gleichzeitig zu, daß die Wahl ordnungsmäßig vor sich gegangen ist. Ferner wird das Mandat von Gotthelf von Wietersheim — Hamm-Soest beanstandet, weil es nicht von den Genossen des dortigen Wahlkreises, sondern von Spezialbranchen, den Hut- und Bergarbeitern, aufgestellt ist, der Form der Einladung zum Parteitag also nicht Genüge geschehen ist. Ebenso wird die Wahl des Genossen Florin-Halle insoweit beanstandet, als in dem dem Mandat beigefügten Schreiben nur gesagt ist, daß der hier in Halle in der Wahlversammlung gewählte Krüger nicht in der Lage sei, sein Mandat auszuüben, und man daher Florin mit der Vertretung beauftragt habe. Dann ist gegen die Wahl des Delegirten in Meerane ein Schreiben eingelaufen, welches denselben seiner Schulden halber als nicht berechtigten Theilnehmer bezeichnet. (Geiterkeit.) Die Kommission war aber der Ansicht, wenn das ein Grund für die Anfechtung sein sollte, daß dann wohl gar zu viele der Anwesenden ihre Mandate verlieren müßten. (Große Geiterkeit.)

Außerdem ist gegen die Wahl von Alwin Kerll aus Remgo ein Schreiben eingelaufen, über dessen Natur die Kommission zu keinem Urtheil gelangen konnte, indem die Äußerungen darauf basiren, daß er von einem Verein der neuen Aera gewählt sei und diese Neugründung sich mit dem vorhandenen Arbeiterverein nicht in Verbindung gesetzt habe. Eine Ausstellung haben wir daran nicht zu machen. Auch ein ziemlich umfangreicher Protest gegen die Münchener Wahl liegt vor; des Pudels Kern ist die Behauptung, daß die Wahlen für München I und II in einem combinirten Wahlgang gleichzeitig vorgenommen; 6 Genossen seien dort gewählt und man wisse nicht, wer München I, wer München II vertrate. Die Protesterheber scheinen damit unzufrieden, daß ein Genosse Wambsgans, den sie mit der Delegation betrauen wollten, nicht gewählt worden ist. Einen Antrag knüpft die Kommission auch an diesen Protest nicht.

Ueber die Proteste wird nach der Reihenfolge des Berichtes verhandelt.

H

Kloß-Stuttgart theilt mit, daß soeben noch ein Mandat eingeliefert ist für Frau Helene Steinbach in Hamburg, gewählt in Gera von einer Versammlung von Frauen und Männern.

Die Mandate für Frauen werden ohne Diskussion für gültig erklärt. Vorsitzender Singer spricht seine Freude darüber aus, daß die Arbeiterinnen Deutschlands sich der Pflicht bewußt gewesen sind, ihre Interessen hier vertreten zu lassen.

Bezüglich des Mandats der Frau Gundelach theilt Köster-Wanzleben mit, daß, nachdem sich für die Magdeburger Frauen die Unmöglichkeit ergeben hatte, Frau Großendorf zum Kongreß zu senden, die Frauenkommission sich mit Frau Gundelach in Verbindung gesetzt und ihr einstimmig das Mandat übertragen habe.

Das Mandat wird mit großer Mehrheit für gültig erklärt.

Zur Frage der Gültigkeit seines Baden-Badener Mandats nimmt Lutz selbst das Wort. Es beständen dort zwei Arbeiter-Wahlvereine; ein älterer mit sieben Mitgliedern und ein jüngerer, dessen Vorsitzender der Redner selbst ist. Die für die Wahl auf den 5. Oktober ausgeschriebene Volksversammlung sei gut besucht gewesen, während sonst die Arbeiter in Baden-Baden lieber zum Pferderennen als in die Versammlungen gehen. Bei der Gegenprobe sei Niemand aufgestanden. Eine sieben aber haben für sich ihren Delegirten in der Person des Herrn Gsch-Offenburg erwählt und protestiren nun gegen meine ganz loyal erfolgte Wahl.

Ohne weitere Debatte wird auch diese Wahl für gültig erklärt.

Für die Gültigkeit der Wahl des Genossen v. Wietersheim treten letzterer persönlich und Zwienen-Bielefeld ein. Bei der in den dortigen Industriebezirken herrschenden Verfolgungswuth der Arbeitgeber habe man zu dem Deckmantel von Fachversammlungen greifen müssen, um eine Delegirtenwahl zu ermöglichen; sonst wäre weder ein Lokal zu haben, noch eine Versammlung zu veranstalten gewesen.

Einstimmig wird auch dieses Mandat für gültig anerkannt.

Das Mandat von Florin-Halle bittet Schulze-Erfurt für ungültig zu erklären. Thatsächlich sei Krüger gewählt; das Komitee habe aber nach Schluß der Versammlung diese Wahl eigenmächtig annullirt. Das sei, aus Achtung vor dem demokratischen Prinzip und auch des Präjudizes halber, nicht zulässig.

Raulich-Halle: Es sind zunächst 3 Genossen für Halle gewählt worden, demnächst 3 Stellvertreter, unter letzteren befand sich Florin. Krüger ist, seiner Arbeitsverhältnisse halber, an der Ausübung des Mandats behindert und Florin rechtmäßig als sein Vertreter hier erschienen.

Auch dieses Mandat wird mit großer Mehrheit für gültig erklärt.

8 H

In Betreff der Münchener Wahl erklärt Bollmar, daß seit Menschengebdenen München keine Versammlung wie jene Wähler-versammlung gesehen habe; zwischen 6- und 7000 Mann wären zugegen gewesen. Bei der Fülle des Besuchs war die Wahl durch Stimmzettel einfach unmöglich. Nach dem stenographischen Bericht über die Versammlung (den Redner verliest) sei alles ordnungsmäßig zugegangen. Wambösgans sei bei der Wahl durchgefallen, was für ihn um so unangenehmer war, als er zweiter Vorsitzender in der Versammlung war. Daher der Protest.

Auch über diesen Protest wird hinweggegangen.

Das Mandat von Wefch-Crefeld wird für gültig erklärt, nachdem der Referent Pfannkuch noch darauf aufmerksam gemacht, daß die 15 Crefelder gegen die ordnungsmäßige Wahl von Wefch überhaupt keinen Einspruch erhoben haben.

Lichtenberg-Crefeld meldet sich zum Worte. (Rufe: Ist kein Delegirter!)

Vorsitzender Singer: Dann habe ich nur zu bedauern, daß die an den Thüren postirten Genossen Leute hereingelassen haben, die nicht im Besitze eines Mandats sind. (Zu Lichtenberg:) Haben Sie ein Mandat?

Lichtenberg: Ja!

Vorsitzender Singer: Haben Sie es der Kommission übergeben?

Lichtenberg: Ja!

Referent Pfannkuch: Das Mandat ist ordnungsgemäß ausgestellt.

Grimpe-Elberfeld: Wenn wir das Mandat für Lichtenberg anerkennen wollen, müssen wir doch erst prüfen, ob die Versammlung, in der er gewählt, ordnungsgemäß berufen war. Es sollte in öffentlicher Versammlung gewählt werden; dort ist Wefch nahezu einstimmig delegirt worden. Ausdrücklich wurde beschlossen, nur einen Delegirten zu wählen.

Vorsitzender Singer: Dann schlage ich vor, diese Sache zur Klarstellung der Verhältnisse an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Schulze-Grfurt beantragt, die Wahl des Delegirten Gierz-Weimar für ungültig zu erklären. Der Antrag wird ausreichend unterstützt, und nachdem der Antragsteller und Leutert-Apolda für Ungültigerklärung und Reißhaus-Grfurt dagegen gesprochen, das Mandat Gierz für gültig erklärt.

Frau Threr (zur Geschäftsordnung): Ich wollte den anwesenden Delegirten nur im Namen meiner Genossinnen und derer, die uns gewählt haben, unseren Dank aussprechen dafür, daß Sie abgegangen sind von der veralteten Methode des Ausschusses der

H

Frauen.*) Ich spreche Ihnen unseren wärmsten Dank dafür aus. Sie haben uns dadurch für die Zukunft vieles erleichtert. Wir werden jederzeit unser Theil an der sozialen Arbeit gründlich zu erledigen suchen. (Beifall.)

Vorsitzender Singer: Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Ich glaube, die Partei kann stolz sein auf das Resultat, daß sie ihren ersten Parteitag in der neuen Era mit 413 Delegirten besetzt hat. Sie darf sich freuen, wieder einmal ihre Kraft, Einheit und Stärke auf diese Weise bewiesen zu haben.

Danach geht der Parteitag über zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Organisation der Partei,

(Wortlaut des Entwurfs siehe Anhang.)

Berichterstatter Auer: Unsere Genossen! Unsere bisherigen Verhandlungen haben sich hauptsächlich mit den Aktionen der Vergangenheit und speziell der letzten Zeit befaßt. Nachdem wir damit fertig, gehen wir dazu über, die Basis zu schaffen, auf welcher wir unsere weiteren Aktionen unternehmen, die Schlachten der Zukunft schlagen wollen. Es handelt sich jetzt darum, uns eine neue Organisation zu geben, nachdem es uns wieder möglich geworden ist, frei und offen aufzutreten. Nicht zum ersten Mal schaffen wir uns eine Organisation; schon vor dem Sozialistengesetz haben wir uns mehrere Male mit der gleichen Aufgabe beschäftigt. Ich halte es deshalb für nothwendig, bevor ich auf den jetzigen Entwurf näher eingehe, auf unsere frühere Organisation einen Rückblick zu werfen. Ich will dabei die älteren Organisationen, das Vereinsstatut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Statut der sogenannten Eisenacher Partei nicht heranziehen, sondern nur auf die nach der Vereinigung auf dem Gothaer Vereinigungskongreß von 1875 geschaffenen Einrichtungen eingehen. Nicht 1876, wie hier über meinem Haupte (auf einer der zahlreich im SitzungsSaale angebrachten Gedanktafeln) zu lesen ist, fand dieser Kongreß statt; denn 1876 hatten wir die Organisation schon nicht mehr, die wir 1875 im Mai geschaffen hatten. Warum wir sie nicht mehr hatten, das bitte ich Sie auch bei der jetzigen Berathung nicht außer Acht zu lassen. Nicht wir waren daran Schuld; sondern daß unsere damalige Organisation nur eine so kurze Lebensdauer hatte, es kam davon, daß in der Organisationsfrage Mächte mitzureden haben, auf die, einen Einfluß auszuüben, wir nicht in

*) Es mag bemerkt sein, daß auf keinem der Parteikongresse, weder vor dem Sozialistengesetz, noch während der Giltigkeit desselben, Frauen, welche sich zur Theilnahme gemeldet hatten, von den Kongressen oder Parteitagen ausgeschlossen wurden. Es haben sich nur leider sehr selten Frauen gemeldet.

8*H